

# bayerische schule

72. JAHRGANG # 5 2019 30. September

D A S M A G A Z I N D E S B L L V

---



## Ich war Förderschülerin

---

Schulfrühstück: Petition erfolgreich

---

Übertritt: Ärger vermeiden

---

**BLLV**





24



50



08



### 06 Bildungsticker

## POLITIK

08 **Alltagskompetenz** Wie das Schulfach schon als Idee scheiterte

12 **Lehrermangel** Ursache Ungleichbehandlung

14 **Schulfrühstück** Erfolgreiche Petition des BLLV

16 **Serie Bildungsfinanzierung V** – Migration und Integration

18 **Gespräche**

20 **Akzente** Politik aus der Echokammer

22 **Landtag** Regierung will Lehrerbildung modernisieren

### 23 Cartoon

## THEMA

24 **Innenansicht** Vier ehemalige Förderschüler erzählen

34 **Roundtable-Gespräch** Die Modell-Region Kempten

42 **Außenansicht** Inklusionsforscher kritisiert Förderschulsystem

46 **Leitartikel** Ja zur Doppellösung

## SERVICE

47 **Akademie** Programmvorschau Oktober und November

48 **Wirtschaftsdienst** Gegen das Risiko Berufsunfähigkeit versichern

50 **Dienstrecht** Weniger befristete Beschäftigungen

54 **Recht** Klagen gegen das Übertrittszeugnis vermeiden

## VERBAND

60 **Ticker** Beitragsanpassung 2019

62 **Junger BLLV** Forderung nach A 13 für alle

67 **Impressum**

# 55.200

## Schülerinnen und Schüler ...

... besuchten im Schuljahr 2018/19 die Förderzentren in Bayern. Das waren 3,3 Prozent der Gesamtschülerschaft. Während die Zahlen wie im übrigen Deutschland lange Zeit sanken, steigen sie im Freistaat seit dem Schuljahr 2015/16 wieder an – in den vergangenen drei Jahren um rund 2.000 Schüler. Die finanzielle Ausstattung der Förderzentren ist derweil signifikant gestiegen: 993,7 Millionen Euro gibt der Freistaat 2019 für die Finanzierung der Förderzentren aus, zehn Jahre zuvor waren es noch 727,6 Millionen Euro. ws

QUELLE: Statistisches Bundesamt

---

# Inklusive Förderschulen



Zehn Jahre ist es nun bereits her, dass die Vertragsstaaten der Vereinten Nationen in Artikel 24 der Behindertenrechtskonvention ein inklusives Bildungssystem vereinbart haben. Was hat sich in dieser Dekade verändert? Manche sehen vor allem die Fortschritte. Anderen wiederum passiert alles zu langsam – oder zu inkonsequent. In genau diesem Zusammenhang wird oft auch die kritische Frage nach der Rolle der Förderschule gestellt. Ist deren Abschaffung nicht sogar die logische Folge inklusiver Bildung? Oder brauchen wir sie weiterhin? Wenn ja, wozu eigentlich? Und wie sieht dann ein gutes Förderzentrum in Zeiten der Inklusion aus?

Wir haben uns auf die Suche nach Menschen gemacht, die dazu etwas zu sagen haben, nach ehemaligen Förderschülern beispielsweise. Wir haben sie gefragt, wie sie ihre Zeit dort erlebt haben und gestaunt über ihre berührende Reflexion. Eher skeptisch blickt ein Wissenschaftler auf die Situation in Bayern. Er hält Förderzentren durchaus für verzichtbar. Anders dagegen zeigt sich die Praxis in der „Modellregion Inklusion Kempten“, wo wir uns umgesehen haben. Hier wurde die innere Struktur von Förderschulen kräftig umgekrempelt. Die gelingende Kooperation der Institutionen vor Ort zum Wohle der Schüler beeindruckt nicht nur den Besucher.

Freuen Sie sich auf interessante Begegnungen in Ihrer bayerischen schule!  
Ich lade Sie ein zu anregenden Gedankengängen zu diesem Thema und darüber hinaus.

Viel Freude und Gewinn beim Lesen wünscht Ihnen

Steve Bauer, Chefredakteur

## **Bayerische Abiturienten mit drittbestem Notenschnitt seit Umstellung auf G8**

München (dpa/lby) - Die bayerischen Abiturienten haben heuer den drittbesten Schnitt seit Einführung des achtjährigen Gymnasiums im Jahr 2011 erreicht. Der im Juni ermittelte Landesdurchschnitt des diesjährigen Abiturs liegt nach Angaben des Kultusministeriums bei 2,29. In Mathematik hingegen sei das Ergebnis etwas schlechter ausgefallen als in den Vorjahren – in diesem Fach erreichten die bayerischen Schülerinnen und Schüler nur einen Notenschnitt von 3,26. Allerdings waren die Noten im zweiten verbindlichen Prüfungsfach Deutsch mit 3,03 auch nicht grundlegend besser.

## **OECD-Bericht: Mehr Geld und mehr Männer in die Kitas**

Berlin (dpa) - Erzieher-Demos, akuter Personalmangel, Kindergarten-Gruppen, die vorübergehend geschlossen werden müssen – die Lage in vielen Kitas in Deutschland ist extrem angespannt. Eine Analyse der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) kommt zu dem Schluss: Nicht nur die schlechte Bezahlung von Erzieherinnen und Erziehern ist das Problem. Es müssen auch verstärkt Männer für Kitas angeworben werden. „Es wird zunehmend anerkannt, dass die Beschäftigung männlicher Fachkräfte in der frühen Bildung das Potenzial hat, die Entwicklung und das Lernverhalten der Kinder zu verbessern“, heißt es in dem OECD-Bericht.

## **Hochschulen: Gravierende Mängel bei Studierfähigkeit von Abiturienten**

Berlin (dpa) - Der Präsident der Hochschulrektorenkonferenz, Peter-André Alt, hat große Wissenslücken bei Abiturienten bemängelt. „Wir leben in der Fiktion, dass mit dem

Abitur die Voraussetzungen für das Studium erfüllt sind“, sagte Alt. Insbesondere für die Fächer, in denen Mathematik die Grundlage ist, gelte das längst nicht mehr. Aber auch in Sachen Textverständnis und Schreibfähigkeiten gebe es kritische Rückmeldungen aus den Hochschulen. „Selbst Literaturwissenschaftler sagen: Längere Texte zu lesen und zu schreiben, falle den Studierenden schwerer.“

## **Spahn will Organspende zum Unterrichtsthema machen**

Berlin (dpa) - Im Zuge einer Kampagne für mehr Organspenden will Bundesgesundheitsminister Jens Spahn (CDU) das Thema auch in die Schulen bringen. Ein unter Federführung der Deutschen Stiftung Organtransplantation erstandener Initiativplan sieht vor, das Thema langfristig in die Lehrpläne aufzunehmen. Da eine Entscheidung gegen die Organspende mit der Vollendung des 14. Lebensjahres und die Entscheidung für die Organspende im Alter von 16 Jahren getroffen werden könne, sei es sinnvoll, bereits in der Schule mit der Aufklärungsarbeit zu beginnen.

## **Uni-Präsidentin sieht Defizite in der Lehrerausbildung**

Augsburg (dpa/lby) - Die Präsidentin der Universität Augsburg, Sabine Doering-Manteuffel, sieht Defizite in Bayerns Lehrerausbildung: „Es dauert meist Jahre, bis die Prüfungsordnungen für das Lehramtsstudium angepasst werden.“ Man müsse befürchten, dass die Lehrer bei Themen wie Digitalisierung, Heterogenität oder Klimawandel bisweilen nicht genügend vorgebildet seien, um die Inhalte den Schülern zu vermitteln“. Die Politik setze sehr viel an der technischen Ausstattung der Schulen mit Tablets, Smartboards und Laptops an. Nötig sei aber auch die Professionalisierung der Lehrkräfte.

## Schule und Wirtschaft – Lobbyismus oder pädagogisch sinnvoll?

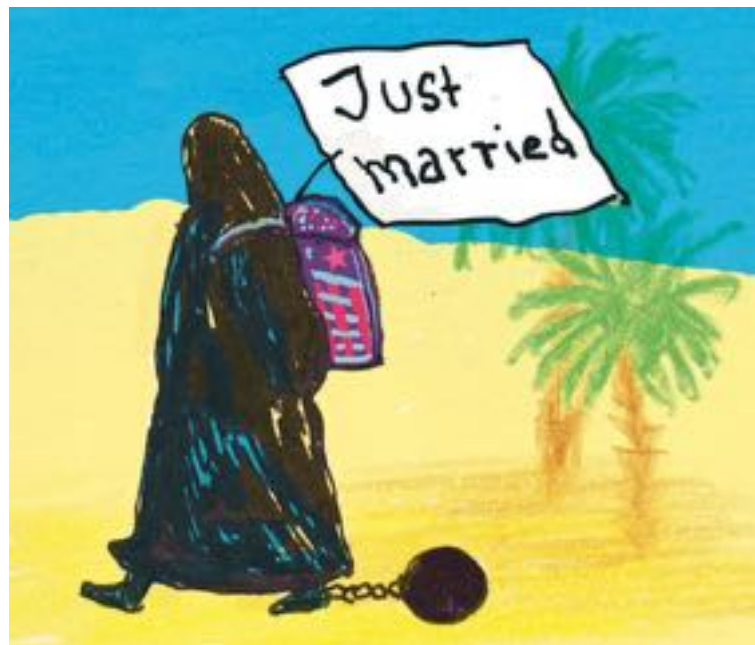
---

München (dpa/lby) - Organisationen, Verbände und Unternehmen sind an bayerischen Schulen omnipräsent, doch der Austausch zwischen Schule und Wirtschaft ist umstritten. „Schulen werden mit Unterrichtsmaterialien und außerschulischen Angeboten überhäuft“, kritisiert Felix Kamella vom Verein LobbyControl. Der Verband missbilligt, dass die Schulen alleingelassen werden mit der Entscheidung, ob eine Kooperation pädagogisch sinnvoll ist oder eine reine Werbemaßnahme. Tatsächlich hat das Kultusministerium nach eigenen Angaben keinen Überblick, welche Organisationen an Schulen aktiv sind und was sie dort genau tun. Der Austausch zwischen Schule und Wirtschaft wird auf der Grundlage des BayEUG staatlich gefördert.

## Völkerball – eine andere Art von Mobbing?

---

Nürnberg (dpa) - Eine Forschergruppe der kanadischen „University of British Columbia“ hat harsche Kritik an Dodgeball, einer Variante von Völkerball, geübt. Die Wissenschaftler sprachen von „erlaubtem Mobbing“. Stärkere Schüler würden meistens eine Gruppe bilden, um die verbliebenen schwachen Schüler abzuschließen. Die Botschaft sei, „es ist in Ordnung, den ‚anderen‘ wehzutun oder sie zu entmenschlichen“, sagte Studienleiterin Joy Butler der „Washington Post“. Trotz dieser Kritik hält Ralf Sygusch, Sprecher der Sektion Sportpädagogik bei der Deutschen Vereinigung für Sportwissenschaft, das Spiel unter bestimmten Voraussetzungen für vertretbar. Die Lehrkraft müsse mit den Schülern über die sozialen Aspekte des Spiels sprechen. Zwar sei es sehr emotional und biete daher das Potenzial zum Mobbing, sagte Sygusch. „Aber das bewusst zu machen, zu sozialer Verantwortung zu erziehen“, das ist hier eigentlich die Aufgabe der Lehrkraft.“



## Zwangsverheiratung in den Sommerferien

---

Berlin (dpa) – Manchen jungen Mädchen, die in Deutschland aufgewachsen sind, droht im Heimatland ihrer Eltern die Zwangsverheiratung – diesen Missstand kritisierte Petra Koch-Knöbel, Frauenbeauftragte im Berliner Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg. Ihr zufolge bleiben jedes Jahr nach den Ferien einige Plätze in den Klassenzimmern leer. Auch die Frauenrechtsorganisation Terre des Femmes (TdF) weist auf das Risiko Sommerferien hin. „Zwangsverheiratungen in Berlin sind keine Einzelfälle“, betont TdF-Referentin Myria Böhmecke. Auch bundesweit seien Mädchen und junge Frauen noch in der zweiten und dritten Migrantengeneration bedroht. Es sei nicht allein ein islamisches Phänomen, Ursache seien vor allem streng patriarchalische Strukturen in Familien. Schule und Jugendamt hätten jedoch wenig Möglichkeiten einzugreifen, sagt Böhmecke. Vor allem, wenn vorher keine Gewaltsituation ersichtlich gewesen sei, die Eltern das Sorgerecht hätten und es keine Beweise für eine Zwangsheirat gebe.



# Voll verzettelt

Wofür sie lernen? Fürs Leben natürlich. Aber ginge das nicht ein bisschen intensiver, als die Schüler es schon heute tun? In einem Unterrichtsfach „Alltagskompetenz“ vielleicht? Vom kurzen Leben und langsamen Sterben einer schlechten Idee. >

a lltagskompetenz“ war Chefsache: Mitte April verkündete Ministerpräsident Markus Söder, er wolle ein neues Schulfach dieses Namens einführen. Wertschätzung und Wissen über die heimische Natur sollte es vermitteln, über Landwirtschaft, Klimaschutz oder gesundes Essen. Doch so schnell wurde nichts daraus. Von April bis hinein in den Hochsommer durfte kräftig spekuliert werden: Kommt dieses Fach nun in Bayern oder nicht.

Es war kein Zufall sondern ein Stück Machtpolitik, dass Söder sich der Sache selbst annahm: Seine Partei hatte Forderungen der Landfrauen nach einem derartigen Fach stets abgelehnt. Dann aber sah er sich durch den Erfolg des Volksbegehrens „Rettet die Bienen“ gedrängt, einen Runden Tisch einzuberufen, und der produzierte viele Empfehlungen. 50 davon nahm die Regierung in ihr Gesetzespaket für mehr Umwelt-, Natur- und Artenschutz in Bayern auf – darunter den Plan für ein entsprechendes neues Schulfach.

Plötzlich geisterte also ein neues Fach durch die Landschaft. Einzelheiten zur möglichen Ausgestaltung dieses Fachs konnte jedoch lange niemand nennen. Der Sprecher des Kultusministeriums gab bekannt, man sei „in der Planungs- und Konzeptionsphase“. Noch müssten viele Fragen geklärt werden. Dazu gehöre – neben Inhalt und Ausgestaltung – auch die Frage, ob und wie dafür an anderen Stellen im Lehrplan gekürzt wird. Ebenso unklar blieb, welche Schularten das Fach überhaupt unterrichten sollen.

## 233 Mal Alltag in den Lehrplänen

Ideen kursierten aber bald. Agrarministerin Michaela Kaniber (CSU) erklärte, es solle einen Bezug dazu herstellen, „wo unsere Lebensmittel herkommen, welche Arbeit dahinter steckt“. Im Gespräch war ein verpflichtender Besuch eines landwirtschaftlichen Betriebes alle fünf Jahre. Für Kultusminister Michael Piazzolo war die „Alltagskunde“ keine neue Idee: Seine Freien Wähler hatten bereits vor Jahren die Einführung eines Schulfachs zur Stärkung von Alltagskompetenzen gefordert.

Doch schnell kam von verschiedenen Seiten Kritik an diesem Schnellschuss der Staatsregierung. Der BLLV gestand zwar zu, dass das Anliegen, Kinder fit zu machen für den Alltag, vollkommen berechtigt sei. Die Kompetenzorientierung, wie sie bereits den LehrplanPLUS prägt, sei zu begrüßen und sollte grundsätzlich auch weiter ausgebaut werden. Denn das

Anhäufen von Detailwissen mache Kinder und Jugendliche nicht fit für die Zukunft in einer sich rapide verändernden Welt.

Die Welt zu verstehen, funktioniere jedoch nicht über möglichst viele Fächer. In den Schulen, so machte BLLV-Präsidentin Simone Fleischmann deutlich, werde bereits viel für die Alltagskompetenzen der Kinder getan. Bei der Frage nach neuen Inhalten müsse daher erst geprüft werden, welche Fächer diese bereits bedienen oder in Zukunft bedienen können. Das Kultusministerium beauftragte das ISB aufzulisten, wie die Fachlehrpläne bereits heute Alltagskompetenzen abdecken. Das Ergebnis war eindeutig: Allein in den Fachlehrplänen des Gymnasiums tauchen an 233 Stellen entsprechende Inhalte auf.

## Die Kompetenzfans geben klein bei

Auch der Landesvorsitzende der Direktoren der bayerischen Gymnasien erklärte, er halte die Überlegung für „höchst bedenklich“. Offenbar wolle man erneut einen Erziehungsauftrag vom Elternhaus auf die Schule übertragen. Nicht nur die Lehrerverbände reagierten äußerst skeptisch, auch Joshua Grasmüller, Landeschülersprecher der Gymnasien, sprach sich strikt gegen ein neues Pflichtschulfach aus.

Die Kritik kam an. Bald erklärte CSU-Mann Otto Lederer als Mitglied im Bildungsausschuss, man habe mit der bisherigen fächerübergreifenden Regelung „gute Erfahrungen“ gemacht. Auch der Kultusminister meldete nun Bedenken an und zog sich darauf zurück, jetzt gehe es nicht darum, die Stundentafel auszuweiten, sondern darum, „Inhalte – Gesundheit, Umwelt-, Verbraucherschutz und manches mehr – noch stärker in den Fokus zu rücken als bisher“.

Damit war das langsame Sterben dieser äußerst kurzlebigen bildungspolitischen Idee eingeläutet. Bis zum endgültigen und offiziellen Aus dauerte es dann zwar noch einige Wochen, doch plötzlich wollte es keiner mehr so richtig gewollt haben. Den Schulen bleibt ein neues Fach erspart. **bs**



(Kommentar) Fritz Schäffer\*

## Von AIDS bis Zahnpflege

Fast im Wochentakt fordert irgendeine Organisation oder ein Politiker neue Inhalte für den Unterricht. Umwelterziehung, Digitalisierung, ökonomische Kompetenz, zuletzt sogar die Bereitschaft zur Organspende: Taucht irgendein Problem auf, soll es direkt in den Schulen gelöst werden. Dann braucht es gleich ein ganz neues Fach oder zumindest neue Lehrpläne. Eine beliebte Alternative ist auch das Ausrufen von Wettbewerben, Projekten, Modellversuchen oder Gütesiegeln. Schule soll sich um alles kümmern, von A wie AIDS bis Z wie Zahnpflege.

Diesem kurzatmigen Aneinanderreihen zusätzlicher Bildungsinhalte fehlt jedoch eine klare Vorstellung davon, was Schule leisten kann und soll. Der Öffentlichkeit soll durch solchen Aktionismus suggeriert werden, dass man sich eines Problems annimmt. Die Arbeit an der Lösung wird dann an Schule und Lehrkräfte delegiert. Doch unsere Schulen mühen sich schon seit Langem mit einem Zuviel an Inhalten und einem Zuviel an Fächern. Lernen braucht Zeit. Lehrpläne und Stundentafeln sind keine Wunschzettel.

Zu viele Inhalte und eine zu enge Taktung von Fächern verhindern nachhaltiges Lernen. Fehlt für eine intensive inhaltliche Auseinandersetzung die notwendige Zeit, so werden die Inhalte allzu oft unmittelbar nachdem sie abgeprüft worden sind, wieder vergessen. Es geht nicht darum, bestimmte Inhalte als unwichtig abzuwerten, sondern darum, dass nachhaltiges Lernen Vertiefung, Wiederholung, Vernetzung und Anwendung benötigt.

Wir haben an den Schulen nicht zu wenige, sondern zu viele Fächer. Schüler begegnen dadurch häufig verschiedenen Facetten eines Themas in unterschiedlichen Fächern, ohne die Zusammenhänge zu erkennen. Noch mehr Fächer, das würde die Tendenz zur Vermittlung von bloßem Faktenwissen verstärken. Es braucht aber mehr ganzheitliche Bildung, mehr phänomenologisches Lernen. Kinder wollen die Welt verstehen, ihnen ist es egal, ob sie Antworten auf Ihre Fragen in Physik, Chemie oder Biologie bekommen. Sie wollen Phänomene verstehen.

Hinzu kommt: Fachlichkeit erfordert die Verwendung der spezifischen Fachsprache. Doch ohne die notwendige Zeit, Dinge durchdringen zu können, werden Fachbegriffe häufig nicht wirklich verstanden, sondern einfach auswendig gelernt und oftmals sinnwidrig verwendet. Wer es versteht, die eigene Ahnungslosigkeit hinter der Begriffsbenennung zu verschleiern, kann sogar gute Noten erzielen.

Deshalb bietet die Diskussion um die Verankerung von Alltagskompetenzen in der Schule auch die Chance, sich darüber zu verständigen, was Schule eigentlich leisten soll: Das Ziel muss sein, dass Schülerinnen und Schüler vielfältige Kompetenzen für ihre Zukunft erwerben. Dazu gehört mehr als Fachinhalte. Ganzheitliche Bildung umfasst auch emotionale Intelligenz, kulturelle Fähigkeiten sowie ein demokratisches Wertebewusstsein. Wir brauchen einen ganzheitlichen Unterricht mit Herz, Kopf und Hand. Wie das gelingen kann, hat der BLLV auf seiner Landesdelegiertenversammlung Ende Mai erarbeitet. //

\*Leiter der Abteilung Schul- und Bildungspolitik im BLLV



# Einfach schlucken?

## Der wahre Grund des Lehrermangels sitzt einer Lösung fett im Weg: Ungleichbehandlung

Im eben angelaufenen Schuljahr 2019/2020 beabsichtigt die Regierungskoalition aus CSU und Freien Wählern folgende Maßnahmen aus dem Koalitionsvertrag umzusetzen: 1.000 Lehrerinnen und Lehrer mit qualifizierter Ausbildung zur Vermeidung des Unterrichtsausfalls, für kleinere Klassen und stärkere individuelle Förderung; 100 zusätzliche Stellen für Schulpsychologen (60) und Sozialpädagogen (40) aus dem Programm „Schule öffnet sich“; 89 Stellen in GS/MS/FÖS für das Fach Informatik im Endausbau; 50 Stellen für die Wiedereinführung der Evaluation ab Herbst 2019; Stellen für Inklusionsberater an den Schulämtern mit Anrechnungsstunden; rund 15 Stellen (Anrechnungsstunden Grund- und Mittelschule) für die Informationstechnischen Beraterinnen und Berater digitale Bildung.

Nur: Wo sollen die Lehrerinnen und Lehrer dafür herkommen? Eine Analyse zeigt die prekäre Situation – insbesondere an Grund-, Mittel- und Förderschulen. Zwar werden durch den Einschulungskorridor weniger Grundschüler im September starten als prognostiziert, das bringt ein wenig Entlastung. Gleichzeitig gibt es jedoch weniger Bewerbungen als erwartet für die Zweitqualifikation aus der Realschule und dem Gymnasium.

Die Anzahl der Plätze für das Studium Lehramt an Grundschulen wurde an den Universitäten erhöht, was dazu führte, dass es viele Wechsler vom Mittelschullehramt hin zum Grundschullehramt gab. Und diese fehlen jetzt wieder an der Mittelschule. Das Kultusministerium konzipiert derzeit eine Sondermaßnahme unter dem Stichwort „Ein-Fach-Fachlehr-

kräfte“. So soll der Bedarf für Musik, Sport, Englisch und Kunst durch Quereinsteiger gedeckt werden. Teilzeit- und Beurlaubungsmöglichkeiten sind schon eingeschränkt.

Doch so geht es bald weiter: Die zurückgestellten Kinder aus dem Einschulungskorridor werden die Einschulungszahlen im nächsten Schuljahr erhöhen. Aus der Realschule und dem Gymnasium werden keine Zweitqualifikanten mehr kommen. Nach dem Rückgang der Studierendenzahl kann der Bedarf an der Realschule derzeit gerade noch gedeckt werden. Und am Gymnasium kommt das G9 zurück. Da werden 1.000 zusätzliche Planstellen benötigt. Viele Zweitqualifikanten werden zurück an ihre angestammte Schulart gehen. Dort müssen sie weniger Unterrichtsstunden arbeiten, bei besserer Bezahlung. Die Schülerzahlen steigen wieder stark an, zunächst in der Grundschule, dann in den weiterführenden Schulen. Bei der Mittel- und Förderschule weiß man schon heute, dass es deutlich zu wenige Studierende sein werden.

Was tun? Auf all die im Koalitionsvertrag angekündigten Verbesserungen verzichten? Nein. Jede Planstelle für Bildung ist eine gute Planstelle. Doch um das Dilemma des Lehrermangels zu lösen, braucht es endlich mutige Schritte. Nachholbedarf gibt es vor allem im Grund- und Mittelschulbereich. Die dort unterrichtenden Lehrkräfte sind immer noch vergleichsweise unterbezahlt, haben die höchste Unterrichtsverpflichtung aller Schularten und die schwierigste Schülerklientel zu unterrichten. Wenn man sich zu Beginn des Studiums das Lehramt aussuchen kann, wieso sollte man also noch Fach-, Grund- oder Mittelschullehrkraft werden wollen? Der Lehrermangel kommt nicht von ungefähr. //

Dieter Reithmeier\*

# Hunger nach Teilhabe

## Erfolgreiche Petition des BLLV: Der Landtag will das Projekt „denkbar Schulfrühstück“ besser fördern

**K**

inder, die morgens mit leerem Magen zur Schule kommen, weil sich die Eltern nicht kümmern oder überfordert sind – im Bayern des Jahres 2019 ist das weit verbreitet. Dem aktuellen Armutsbericht zufolge sind im reichsten Bundesland 200.000

Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren armutsgefährdet. Mit seiner Initiative „Frühstück denkbar“ hat der BLLV seit 2011 für tausende von Kindern regelmäßige, kostenlose Schulfrühstücke organisiert. Das Problem: Der staatliche Zuschuss für die Initiative bemisst sich an der Quote der Sozialhilfeempfänger einer Stadt beziehungsweise eines Landkreises. Damit aber sind all jene Schulen ausgeschlossen, die in relativ reichen Gemeinden angesiedelt sind. Dank einer erfolgreichen Petition des BLLV könnte sich das nun ändern.

Der Sozialausschuss des Bayerischen Landtags hat jedenfalls Mitte Juli beschlossen, die Förderrichtlinien zu überarbeiten – und ist damit einer entsprechenden Forderung des BLLV nachgekommen. In seiner Petition hatte der Verband darauf gedrungen, die Kriterien der Bedürftigkeit neu festzulegen und die Schulleiter dabei miteinzubeziehen. Auch sollte das kostenlose Schulfrühstück nicht nur an Grundschulen in bestimmten Regionen angeboten werden können, sondern auch an Mittel- und Förderschulen. Zugleich sollte, so die

Forderung, die Mindestzahl an teilnehmenden Kindern von fünfzehn auf zehn gesenkt werden.

Alle Parteien im Sozialausschuss waren sich einig, dass das Anliegen des BLLV richtig und wichtig ist. Sie überwies die Eingabe mit dem Status „Würdigung“ an die Staatsregierung. Damit ist eine Aufforderung an das Sozialministerium verbunden, die Petition zu prüfen und eine positive Lösung im Sinne der Eingabe anzustreben. Sozialministerin Kerstin Schreyer hatte gegenüber BLLV-Präsidentin Simone Fleischmann schon zuvor in einem persönlichen Gespräch signalisiert, dass auch sie eine Weiterentwicklung der Förderung wünscht.

Die Pilotphase des Projekts dauerte von 2014 bis 2018 und wurde mit finanziellen Mitteln des Staatshaushalts unterstützt. Der Bayerischen Rechnungshof hat das Projekt geprüft und als wirksam und effizient beurteilt. Bislang aber ohne Folgen für die Förderrichtlinien des Programms, das die BLLV-Kinderhilfe bereits im Jahr 2010 initiierte. Ziel war es, nicht nur wertvolle Lebensmittel unter ernährungsphysiologischen Gesichtspunkten zur Verfügung zu stellen. Zugleich sollte die pädagogische Arbeit der Schulen und die Persönlichkeitsentwicklung der betroffenen Kinder unterstützt werden. Der Rahmen dafür ist die gemeinsame, regelmäßige Morgenmahlzeit und das damit verbundene Gruppenerlebnis. Organisiert und begleitet werden die Frühstücke durch ehrenamtliche Frühstückslotsen. //



# 05 |

Zeit für Bildung – gerecht.investieren  
MIGRATION UND INTEGRATION

Wolfram Schneider\*



## Professionelle Integration braucht Rückhalt

\*Wissenschaftlicher Mitarbeiter des BLLV und Autor der Expertise. Für Rückfragen können Sie sich gerne an ihn wenden unter: [wissenschaft@bllv.de](mailto:wissenschaft@bllv.de)

Die Integration von Menschen mit Migrationshintergrund und Fluchterfahrung ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Sie beginnt häufig bereits im frühkindlichen Bereich und in der Schule. Dort werden die Grundlagen für eine respektvolle und wertschätzende Gesellschaft, für ein friedliches und menschliches Miteinander, für Bildungsgerechtigkeit und Lebenschancen gelegt. Welche Investitionen dafür notwendig wären, hat der BLLV in der Expertise „Zeit für Bildung – gerecht investieren“ berechnet.

Ein Fünftel aller Schülerinnen und Schüler an den allgemeinbildenden Schulen in Bayern stammen aus Familien mit Migrationshintergrund, von diesen 260.000 Kindern und Jugendlichen sind 60.000 mit Verwandten oder auf sich gestellt aus ihrer Heimat geflüchtet. Ob es gelingt, den jungen Menschen mit Migrations- und Fluchthintergrund mittel- und langfristig in unsere Gesellschaft zu integrieren, hängt wesentlich von der Schule ab. Denn der Schlüssel zur Integration sind Sprache und Bildung.

### Die bisherigen Bemühungen reichen nicht

Daher müssen die einzelnen Schulen in die Lage versetzt werden, bestmögliche Integrationsarbeit leisten zu können – und das angesichts von Herausforderungen wie Sprachbarrieren, hohe Fluktuation, ausgeprägte Heterogenität, schwierige familiäre und soziale Verhältnisse, psychische Belastungen bis hin zu Traumata. Für den BLLV steht außer Frage, dass diese Herausforderungen nur gemeinsam bewältigt werden können. Denn Schulen sind der zentrale Ort für Bildung und Integration. Und sie sind gesellschaftliches Vorbild, Lernfeld für ein friedliches und menschliches Miteinander. Wenn die Integration der Kinder und Jugendlichen nachhaltig gelingen soll, müssen ausreichend Ressourcen bereitgestellt werden.

Der BLLV erkennt die bisherigen Bemühungen von Landtag und Staatsregierung an, die Schulen und die Lehrerinnen und Lehrer darin zu unterstützen, ihren Auftrag zu erfüllen. Hervorzuheben sind: der flexible Ausbau der Deutschklassen; die Erweiterung des Stundenplans durch das Fach Kulturelle Bildung und Werteerziehung und die Stunden der Sprach- und Lernpraxis; die stundenweise Unterstützung durch Drittkräfte. Doch die Liste ist zu ergänzen. Konkrete Vorstellungen davon, was gelungene Integration an Zeit, Personal und Kosten bedeutet, hat der BLLV in der Expertise „Zeit für Bildung – gerecht investieren“ ([www.bllv.de/bildungsfinanzierung](http://www.bllv.de/bildungsfinanzierung)) aufgezeigt und bei der 54. Landesdelegiertenversammlung Ende Mai in Würzburg beschlossen. Dazu gehören:

1. **Zusätzliche Stunden zur Werteerziehung und Berufsorientierung für Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund in Regelklassen**
2. **Fester Pool an Dolmetscherinnen und Dolmetschern**
3. **Aufstockung des Kontingents im Bereich der Jugendsozialarbeit, auch durch Menschen mit Migrationshintergrund**
4. **Den Einsatz von Multiprofessionellen Teams speziell in den Klassen mit Deutsch-Plus-Schülerinnen und -Schülern sowie in den Deutschklassen**
5. **Zusätzliche Verwaltungs- und Schulleitungsstunden zur Bewältigung der Zusatzaufgaben, die sich aus dem verpflichtenden Ganztag in den Deutschklassen ergeben**
6. **Verpflichtende Fördermaßnahmen für Kinder mit Migrationshintergrund schon im vorschulischen Bereich**
7. **Den Ausbau von Traumazentren und beschleunigte Unterstützung durch Schulpsychologen, qualifizierte Beratungslehrer und den MSD**
8. **Linderung der finanziellen Not durch Unterstützung aus Fördertöpfen des Bildungs- und Teilhabepakets sowie die zusätzliche Bewilligung von Schulsozialarbeitern**
9. **Koordinatoren auf Schulumtsebene für den Bereich Deutschklassen und DeutschPLUS (nicht zu verwechseln mit den Beraterinnen und Beratern zur Migration)**
10. **Ausweitung des Einsatzes von Drittkräften**

Für die Umsetzung dieser Maßnahmen sind nach Berechnungen des BLLV in den nächsten zehn Jahren Steigerungsraten von jährlich 854 Stellen erforderlich. Das entspricht einer jährlichen Erhöhung des Bildungshaushalts um 70,2 Millionen Euro.

Diese jährliche Steigerung würde einen qualitativen und quantitativen Ausbau der Integrationsmaßnahmen ermöglichen. Es geht um das Fundament für die Entwicklung von rücksichtsvollen und respektvollen Persönlichkeiten, für ein Zusammenleben, das geprägt ist von gegenseitigem Vertrauen, von einem Zusammengehörigkeitsgefühl und von gemeinsamer Verantwortung. //

# der blv im gespräch mit ...



... dem CSU-Fraktionsvorsitzenden  
Thomas Kreuzer



... den Bereichsleitern Schule der  
Bezirksregierungen

## Lehrermangel (I): Konkrete Entlastungen

Das Thema Lehrermangel beschäftigte den CSU-Fraktionsvorsitzenden Thomas Kreuzer und den Bildungspolitischen Sprecher der CSU, Prof. Gerhard Waschler, im Gespräch mit der BLLV-Präsidentin Simone Fleischmann und dem 1. Vizepräsidenten Gerd Nitschke. Insbesondere an den Grund-, Mittel- und Förderschulen gebe es zwar genügend Planstellen und stetige Aufstockungen, sagte Kreuzer, „aber wenn die Köpfe fehlen, nutzt uns das leider auch nichts“. Kreuzer denkt angesichts der angespannten Personalsituation an eine anderweitige Entlastung der Lehrerinnen und Lehrer an diesen Schularten, etwa durch mehr Verwaltungsangestellte. Fleischmann erwiderte: „Jede Entlastung der Kolleginnen und Kollegen, die ihnen mehr Zeit für die pädagogischen Aufgaben gibt, ist selbstverständlich zu begrüßen, aber an der konkreten Umsetzung bei den Arbeitsbedingungen mangelt es oft.“ Eine Erhöhung der Attraktivität des Lehrerberufs in diesen Schularten müsse auch eine Angleichung der Lehrerbesoldung nach sich ziehen, stellte Nitschke klar, „A13 für alle ist auch eine Frage der Gerechtigkeit“. Kreuzer sicherte zu, über das Thema A13 für alle weiterhin mit dem BLLV im Gespräch zu bleiben. yy

## Lehrermangel (II): An der Grenze des Machbaren

Das BLLV-Präsidium, die BLLV-Bezirksvorsitzenden und die Vorsitzenden der Bezirkspersonalräte kamen zu einem Austausch mit den Bereichsleitern der Abteilungen Schule der Bezirksregierungen zusammen. Bei diesem Treffen wurde eines deutlich: Der Lehrermangel an den Grund-, Mittel- und Förderschulen ist in aller Munde, ad-hoc-Lösungen gibt es jedoch nicht. Diese Sachlage stelle viele Bereichsleiter vor große Schwierigkeiten, hieß es aus deren Kreis, auch die Schulverwaltung gerate an ihre Grenzen. BLLV-Präsidentin Fleischmann stellte klar: „Wir müssen dringend gemeinsam diskutieren, wie in dieser Situation die Bildungsqualität gehalten werden kann.“ Der 2. Vizepräsident, Tomi Neckov, sprach sich für Multiprofessionelle Teams aus, die auch zur Entlastung beitragen könnten. Als Schulleiter wisse er aber auch, „dass kaum mehr Fachpersonal auf dem Markt zu finden ist“. Die Zahl der Studierenden für Grund-, Mittel- und Förderschulen gehe zurück, erklärte der 1. Vizepräsident des BLLV, Gerd Nitschke und forderte: „Die Attraktivität des Lehrerberufs muss dringend erhöht werden. Dazu braucht es eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen und die längst fällige Angleichung der Lehrerbesoldung.“ yy



... der bayerischen Staatsministerin für Digitales, Judith Gerlach



... dem SPD-Fraktionsvorsitzenden Horst Arnold

## „Junge Menschen in der digitalen Welt begleiten“

Im Gespräch zwischen BLLV-Präsidentin Simone Fleischmann und der bayerischen Staatsministerin für Digitales, Judith Gerlach, bestand Einigkeit darüber, dass viele Bausteine bei der Umsetzung der Digitalisierung an den Schulen noch gestaltet werden müssen. So auch die Frage, ob „bring your own device“ gelten soll, oder ob die Schulen Geräte zu stellen hätten. Ihr Ministerium sei grundsätzlich offen für unterschiedliche Ansätze, sagte Gerlach, es agiere innerhalb der Staatsregierung als kritischer Geist und „think tank“ für den Themenbereich der Digitalisierung. Gerlach verwies auf die „vielen großen Chancen“, aber auch auf die Risiken der Digitalisierung: „Kinder begegnen immer früher Cybermobbing, Sexting oder digitalem Stress. Wir müssen junge Menschen deshalb auch in der digitalen Welt bestmöglich begleiten.“ Dem stimmte Fleischmann zu: „Wir benötigen dringend eine Schule der Zukunft, in der die Kinder und Jugendlichen darauf vorbereitet werden, mit diesen und anderen Veränderungen für sich positiv umgehen zu können.“ Dies setze aber einen gesellschaftlichen Konsens voraus. Man müsse sich darauf verständigen, was Schule von morgen eigentlich leisten soll. **yy**

## Enttäuschung über den Arbeitskreis Inklusion

Die prekäre Unterrichtsversorgung, der Erhalt wohnortnaher Schulen und die unzulängliche Umsetzung der Inklusion – diese Themen standen auf dem Programm bei einem ersten Treffen der neuen SPD-Spitze mit dem BLLV. Horst Arnold, seit der vergangenen Landtagswahl Fraktionsvorsitzender der Sozialdemokraten, und seine für Bildungspolitik zuständige Stellvertreterin Simone Strohmayr, waren sich mit der BLLV-Präsidentin Simone Fleischmann und dem Leiter der Abteilung Schul- und Bildungspolitik, Fritz Schäffer, einig: Einen ausgeglichenen Lehrerarbeitsmarkt könne man langfristig nur durch eine Reform der Lehrerbildung sowie eine Angleichung des Status der Lehrämter der verschiedenen Schularten bekommen. Ebenfalls übereinstimmend sehen Arnold und Fleischmann die Inklusion in Bayern äußerst kritisch. Horst Arnold erläuterte in diesem Zusammenhang die Entscheidung der SPD-Fraktion, sich aus dem fraktionsübergreifenden Arbeitskreis Inklusion zurückzuziehen. Man sei nicht länger gewillt, die zaghafte Umsetzung und mangelhafte Ausstattung der Inklusion durch die Staatsregierung mitverantworten. Arnold will künftig stärker die kritischen Punkte benennen und die SPD als Opposition deutlicher profilieren. **fs**

# ECHOC

## Raus aus den

**Unterrichtsversorgung?**  
Passt schon! **Übertrittsdruck?**  
Hirngespinnst übereifriger Eltern!  
**Inklusion?** Alles im Griff!

Fragt sich: Wann werden wir endlich nach echten Lösungen für wirkliche Probleme suchen – ehrlich und gemeinsam?

**V**or zwei Jahren, als ich vor einer drohenden Krise der Unterrichtsversorgung warnte, wurde ich der Schwarzmalerei bezichtigt. Die Unterrichtsversorgung sei gesichert. Als mein Vorgänger Klaus Wenzel vor sieben Jahren darauf hinwies, dass sich am bildungspolitischen Horizont ein massiver Lehrermangel abzeichne, wurde das in den Pressemitteilungen des Kultusministeriums als falsch vom Tisch gewischt.

Man habe zuverlässige Schüler- und Lehrerprognosen, man müsse sich keine Sorgen machen. Auch dieses Jahr wird wieder schöneredet. Es sei zwar eng, man habe aber alles im Griff. Alle Insider jedoch wissen: Wir stehen unmittelbar vor einer wirklichen Krise der Unterrichtsversorgung, wohl spätestens im kommenden Schuljahr werden drastische Notmaßnahmen fällig.

Aber nicht nur bei der Unterrichtsversorgung erlebe ich eine erstaunliche Bereitschaft, die Wahrheit zu verdrängen oder gar zu leugnen. Der Übertrittsdruck in der Grundschule sei kein echtes Problem, da hätten Eltern einfach übertriebene Sorge. Die Mittelschule sei keine Schule mit negativ ausgelesenen „Problemkindern“, sondern als weiterführende Schule für praktisch

# DHCE

# Echokammern

Begabte eine echte Alternative zu Realschule und Gymnasium, sie habe nur ein Imageproblem. Die Inklusion sei auf bestem Wege, die Herausforderungen würden von Lehrerinnen und Lehrern vorbildlich gemeistert. Disziplinprobleme, bulimisches Lernen, Ganztagsbetreuung ... Die Beispiele für dieses Schönzeichnen der Realität sind Legion.

Die Frage, die sich mir täglich stellt: Geht Bildungspolitik, ja Politik generell, heute noch so? Wollen Politik und Verwaltung weiter in unseren Echokammern ihre Sicht der Realität zur Wahrheit deklarieren und andere Wahrnehmungen leugnen? Können wir Lehrerinnen und Lehrer uns wirklich weiter aus Angst vor Veränderungen an unsere lieb gewonnenen Denkmuster klammern, im Wissen, dass sie uns keine Sicherheit mehr geben?

Es ist an der Zeit anzuerkennen, dass unsere Realität zu komplex ist für einfache Antworten – auch und gerade in den Schulen. Es ist Zeit, die ganze Wahrheit auf den Tisch zu legen in jeglicher Hinsicht – auch bei der Lehrerversorgung – und gemeinsam Lösungen zu suchen. Es ist Zeit, Zeit zu schaffen für das gemeinsame Suchen nach Lösungen vor Ort mit dem Kollegium, mit den Gemeinden, mit den Eltern. Lehrer sind kreativ

und durchaus bereit, auch in Notsituationen zuzupacken, wie es bei der Integration der Flüchtlingskinder offenkundig der Fall war und noch immer ist. Die Wahrheiten müssen auf den Tisch und Politik in Echokammern muss ein Ende finden.

Dazu gehört auch: Es ist Zeit anzuerkennen, dass die finanzielle Schlechterstellung der Grund- und Mittelschullehrerinnen und -lehrer eine zentrale Ursache für viele bildungspolitischen Verwerfungen und mangelnde Innovationsbereitschaft ist. Abstandsdenken kann nicht mehr der Leitfaden einer modernen Bildungspolitik sein. Wenn das verstanden wird, dann werden wir Lehrerinnen und Lehrer aller Schularten gemeinsam unsere Schule neu gestalten. Und ich bin sicher, wir werden Großartiges schaffen. //



**akzente simone fleischmann**

# // Regierung will Lehrerbildung modernisieren

---

Der Gesetzentwurf zur „Änderung des Bayerischen Lehrerbildungsgesetzes“ (18/2340) der Staatsregierung hat im Plenum zu Diskussionen darüber geführt, wie moderne Lehrerbildung aussehen muss. Der Gesetzentwurf sieht Änderungen in zwei Bereichen vor: Im Studium des Lehramts für Sonderpädagogik soll eine Spezialisierung auf eine zweite sonderpädagogische Fachrichtung stattfinden. Des Weiteren soll Studierenden mit dem Ziel Lehramt an beruflichen Schulen der Zugang zum Erweiterungsstudium ermöglicht werden.

Diese Änderungen sollen die „vielfältigere(n) Einsatzmöglichkeit(en) der zukünftigen Lehrerinnen und Lehrer für Sonderpädagogik“ sicherstellen

und auf die „Heterogenität (...) und Inklusion“, die sich an beruflichen Schulen niederschlägt, reagieren, sagte Otto Lederer (CSU). Kultusminister Michael Piazzolo (FW) sieht den Gesetzentwurf als Reaktion auf neue Herausforderungen. Prinzipiell sei man bei der Lehrerbildung aber „sehr gut aufgestellt“ und froh, dass die Lehrerbildung schulartspezifisch betrieben wird. Maximilian Deisenhofer (Grüne) kritisierte, dass das Gesetz nur kleine Änderungen bringen würde, es aber „einer grundlegenden Überarbeitung der Lehrkräfteausbildung insgesamt“ bedürfe. Die Grünen forderten zum Beispiel einen „allgemeinen Lehramtsbachelor, sodass die Spezialisierung auf die Schularten

dann erst im Master erfolgt.“ Auch SPD und FDP ging der Vorschlag der Staatsregierung nicht weit genug.

Der BLLV fordert bereits seit Langem mit seinem Modell „Flexible Lehrerbildung“ eine grundlegende Reform des Lehramtsstudiums. Das derzeitige Konzept bietet auf die neuen Herausforderungen wie Inklusion, Ganztag, Individuelle Förderung, Integration und Digitalisierung nicht ausreichend Antworten, um die Lehrerinnen und Lehrer adäquat auf den Schulalltag vorzubereiten. Auch zeigt der Lehrermangel an den Grund-, Mittel- und Förderschulen, dass es unbedingt eine Flexibilisierung der Lehrerbildung braucht.

Holger Gödderz

## // Schüleraustausch

Je nach Schulart haben Schülerinnen und Schüler in Bayern unterschiedliche Chancen auf internationale Austausche. 2017/2018 nahmen 30.459 an einem Austausch teil. Davon waren 21.929 Gymnasiasten, 3.572 Realschüler und nur 1.350 Grund- und Mittelschüler. Aus der schriftlichen Anfrage (Drs. 18/1384) der SPD-Fraktion an die Staatsregierung geht außerdem hervor, dass 6,9 Prozent der Gymnasiasten an einem internationalen Austausch teilnahmen, aber nur 0,47 Prozent der Mittel- und 0,51 Prozent der Berufsschüler. Die Staatsregierung begründet dies mit dem geringen Anteil der Fremdsprachenlerner an Mittelschulen und mit Altersstruktur sowie fachlicher Orientierung an Berufsschulen. hg

## // Mobbingprävention

Im Programm „Schule öffnet sich“ liegt seit dem vergangenen Schuljahr ein Schwerpunkt auf Mobbingprävention. Ausdruck dessen sei die vermehrte Einstellung von Schulsozialpädagogen sowie 300 neue Stellen in Form von Anrechnungsstunden in der Schulpsychologie bis 2022. Wie eine schriftliche Anfrage (Drs. 18/1788) der SPD-Fraktion an die Staatsregierung ergab, wurde 2018/2019 auch die Zahl der Anrechnungsstunden für das Programm „Schule als Lebensraum – ohne Mobbing“ auf 86 erhöht. Das Ziel ist sowohl, die Diagnosefähigkeit und Handlungskompetenz der Lehrkräfte zu stärken, als auch Eltern in der Kooperation mit den Schulen zu unterstützen. hg

## // Anker-Unterricht

Bayernweit sind 386 Schülerinnen und Schüler im schul- und 664 im berufsschulpflichtigen Alter in sogenannten Anker-Zentren („Ankunft, Entscheidung, Rückführung“) untergebracht. Sie werden – je nach Flüchtlingsunterkunft – entweder am Standort selbst oder außerhalb beschult. Die Deutschklassen sind Außenklassen staatlicher Schulen. Dadurch kommen dort staatliche Lehrkräfte zum Einsatz, wie die Staatsregierung in ihrer Antwort auf die schriftliche Anfrage (Drs. 18/1495) von Margit Wild (SPD) mitteilt. Am Standort Manching/Ingolstadt finden diese Klassen für 7 schul- und 34 berufsschulpflichtige Schülerinnen und Schüler und isoliert im Anker-Zentrum statt. hg

# C

cartoon

meissner



Neuaufnahme in der 3c:  
Kompetent fördern - fix erklärt.

**Kinder mit Behinderung  
haben das Recht auf  
gemeinsamen Unterricht  
mit nicht-behinderten  
Kindern. Oder wäre es  
doch besser, sie blieben  
unter sich? Vier junge  
Erwachsene haben dazu  
ein bisschen was zu  
sagen: ehemalige  
Förderschüler.**



# Du schaffst das!

Chris Bleher



**Den Lärm ringsum  
dimmt ihre Funkanlage  
runter. Anstrengend  
bleibt das Zuhören  
trotzdem.**



**S**chon wieder so ein verdammtes Martinshorn. Motorradmotoren röhren. Und dauernd dieses an- und abschwellige Rauschen der endlosen Autokolonne. An den Bistro-Tischen auf dem Trottoir der Leopoldstraße lachen sie schrill. Das alles nervt an diesem schwülen Sommerabend beim Interview mit Veronika Fischhaber. Da muss man sich auf der einen Seite des Tisches wahnsinnig konzentrieren, das von der anderen Seite her Gesagte zu verstehen, muss raten, nachfragen. Die 24-Jährige dagegen sitzt inmitten des kakophonischen Lebens der Schwabinger Ausgehmeile und schildert unbeirrt ihren Weg von der Förderschule bis an die Uni Eichstätt, wo sie Kindheitspädagogik studiert. Die junge Frau ist hörgeschädigt. All die Geräusche, die den Reporter stören, reduziert ihre sogenannte FM-Anlage. Dazu gehört ein Zwei-Euro-Stück-großes Mikro, das sie ihrem Gegenüber an den Kragen gesteckt hat. Es funkelt jedes Wort direkt in ihre Hörhilfen. Auch während der Lehrveranstaltungen an der Uni nutzt sie es. Was die Apparatur nicht verrät: Wie anstrengend es für Schwerhörige trotz Technik ist, an der Welt der Hörenden teilzuhaben.

Wie ist es, dauerhaft ein Handicap ausgleichen zu müssen?  
**Veronika Fischhaber: Dieses ständige Kombinieren ist für viele Hörgeschädigte Alltag: Wir müssen das Gehörte mit**

**der Mimik und dem Mundbild des Sprechers und mit dem Kontext abgleichen und ergänzen. Da bleiben oft Lücken. Oder es entstehen Missverständnisse. Bei einem Gespräch muss man sich voll konzentrieren – und Mut haben, nachzufragen. Nach so einer Anstrengung brauche ich eine Hörpause. So wird es mir auch nach diesem Interview gehen. Ohne meine Hörhilfen ist meine Welt dann nahezu still.**

Konversation war mit Veronika im Kindergartenalter kaum möglich. Ihre Eltern sorgten sich, weil sie erst spät, und dann nicht richtig, artikulieren konnte. Der HNO tippte mal auf eine schleimbedingte Mittelohrschwerhörigkeit, mal auf Müdigkeit. Und so verbrachte sie viele Stunden bei einer Logopädin und hatte nach wie vor größte Mühe vor allem mit den „S-“ und „Sch-“ Lauten. Und so verbrachte die kleine Veronika ihr erstes Schuljahr auch in einem Sonderpädagogischen Förderzentrum.

Zurück zur Leopoldstraße: Eindeutig das richtige Gespräch zur falschen Zeit am falschen Ort. Der unverhoffte Rollentausch macht unsereinem zweierlei bewusst: Wie irritierend es sich anfühlt, wenn die Welt plötzlich nicht mehr auf die eigenen Bedürfnisse eingerichtet ist. Und: Wie gemein sie sich erst für diejenigen anfühlen muss, denen sie nicht nur vorübergehend die kalte Schulter zeigt. Die sich von klein auf fehl am Platz vorzukommen müssen. Eine Offenbarung war es für die damals >

# „Jenseits der Stille“ hatte sie beeindruckt. Warum sollte nicht auch sie Klarinette spielen können?

Siebeneinhalbjährige, als der Oberarzt der Pädaudiologie die richtige Diagnose stellte – und Hörgeräte verordnete. Inzwischen sitzt in ihrem schwerer geschädigten linken Ohr ein Cochlea-Implantat. Sie ist ehrenamtlich im Vorstand des Cochlea Implantat Verbandes tätig. Sie will nicht, dass über ihresgleichen gesprochen wird, sondern mit ihnen.

Wie war das, plötzlich hören zu können?

**Nachdem die Hörgeräte zum ersten Mal angepasst wurden, ging ich raus auf die Straße und konnte die Geräusche gar nicht einordnen, musste sie erst identifizieren. Da war der Motor eines Autos, da war das Zwitschern eines Vogels. Das Brummen daheim in der Küche? Das war der Kühlschrank.**

Wenig später kam Veronika in das Förderzentrum Johanneskirchen – Förderschwerpunkt Hören. Jetzt war ihr die Welt wirklich zugewandt. Dort waren die Tische in U-Form angeordnet, so dass jeder jeden beim Sprechen sehen und auf diese Weise besser verstehen konnte. Dazu hatten die Lehrer sowie jeder Schüler ein Mikrofon. Die Lehrer sprachen nicht zur Tafel. Und sie wanderten nicht redend durch die Reihen.

Und wie war es, auf einmal abgeschieden vom Freundeskreis daheim zu sein?

**Nach zwei Wochen Probeunterricht war mir klar: Den längeren Fahrtweg nehme ich in Kauf, und auch, dass ich meine Freunde zu Hause nicht mehr so leicht würde treffen können. Das Beeindruckendste für mich war, zum ersten Mal mit anderen Kindern zusammen zu sein, die ebenfalls hörgeschädigt waren. Ich war auf einmal nicht mehr das einzige Kind auf der Welt mit Hörgeräten.**

Veronika Fischhaber sieht es als ihr Glück, dass sie nach der Grundschulzeit auf die Samuel-Heinicke-Realschule wechseln konnte, die einzige Realschule für Hörgeschädigte in ganz

Bayern. Als Glück erlebte es die dann 15-Jährige auch, Klarinette lernen zu dürfen. Der Film „Jenseits der Stille“ hatte sie beeindruckt. Kleiner Unterschied: Die Protagonistin war hörend und hatte taube Eltern, die nicht verstehen konnten, warum ihre Tochter ein Musikstudium beginnen wollte. Veronika war schwerhörend und hatte guthörende Eltern, die sie unterstützten, ihren Traum vom Musizieren zu verwirklichen. Heute tut sie das etwa mit einer Harfenistin oder einer Pianistin. Einmal wurde sie gelobt, wie gut sie einen schwierigen Einsatz gehört habe. Da korrigierte sie: „Nicht gehört – gesehen!“ Sie orientiert sich am Fingersatz der Pianistin oder am Fußpedal der Harfenistin.


Nach der Mittleren Reife ging die Jugendliche ans Münchener Gisela-Gymnasium, bayernweit das einzige Regel-Gymnasium mit Inklusionsprofil Hören. Fürs Abitur aber musste sie binnen drei Jahren Latein erlernen. Viel lieber wäre sie in einer anderen zweiten Fremdsprache geprüft worden: „Deutsche Gebärdensprache“ (DGS). An der Realschule hatte sie freiwillig einen Grundlagenkurs besucht. So weit geht die Inklusion dann doch nicht. Am Ende wird geprüft, was alle geprüft werden.

Förderzentrum oder Regelschul-Inklusion – was ist besser?

**Wichtig ist die Wahlfreiheit! Dafür ist beides nötig, die Förderschule ebenso wie die Unterstützung in der allgemeinen Schulklasse, auch durch den Mobilen Sonderpädagogischen Dienst. Dafür müssen die unterschiedlichen Lernorte aufrechterhalten bleiben.**

Intermezzo: Immer mehr Kinder brauchen Unterstützung in ihrer emotionalen und sozialen Entwicklung. Das gilt als wichtiger Grund dafür, dass die Zahl der Förderschüler in Bayern steigt. Was aber, wenn gar nicht so sicher ist, was ein Kind wirklich hat? Enrico Rehäuser zum Beispiel hatte einfach Mühe mit der deutschen Sprache. Patrick Maier war schlicht sehr langsam. Florian Lärz immerhin darf man sich als geradezu glücklich vorstellen am Förderzentrum – Schwerpunkt G. >



A blurred photograph of a person in a red shirt standing in a grassy field with trees in the background. The person is out of focus, and the background is a soft-focus green landscape.

Als Kind lebte sie  
in ihrer eigenen  
Welt. Das Gerät am  
Ohr ließ sie plötzlich  
hören, wofür sie  
keinen Begriff hatte:  
Gezwitscher.



Enrico Rehäußer hat das Förderschulsystem von innen kennengelernt, weil er in der Grundschule einen Fehlstart erwischt. Wie Veronika Fischhaber hat er sich hochgearbeitet. Hauptschulabschluss, Realschulabschluss, dreijährige Ausbildung zum Fachinformatiker, seit August arbeitet er als Software-Entwickler bei einem Bayreuther Unternehmen.

Enrico war Kindergartenkind, als seine Eltern mit ihm nach Venezuela auswanderten, um dort eine Kaffee- und Mandarinenfarm zu betreiben. Doch nach einem Jahr trennten sich die Eltern und der Junge fand sich an wechselnden Orten in Deutschland wieder. Zusammen mit seiner Mutter wohnte er für ein halbes Jahr bei der Oma in Leipzig, dann in Bamberg und zuletzt im Landkreis Kronach. In Südamerika hatte er nur Spanisch gesprochen, in seiner Heimat verlernte er die Sprache, hatte aber große Mühe mit dem Deutschen. Wenn Enrico Rehäußer heute, im Alter von 20 Jahren, eher schnell ins Telefon spricht, lässt der weiche oberfränkische Tonfall nichts von dieser Geschichte ahnen.

Förderschule oder Inklusion an einer Regelschule – was wäre besser gewesen?

**Enrico Rehäußer: Am Anfang war es bestimmt wichtig, erst auf die Förderschule zu gehen. Es war wichtig für mich, in kleineren Klassen zu sein. Ich weiß nicht mal genau, welcher Förderschwerpunkt das wirklich war.**

Was der Junge genau wusste: Als Förderschüler im Schulzentrum hatte er bei den anderen Kindern von den anderen Schultypen auf demselben Gelände nichts verloren.

Wie war es, nicht dazuzugehören?

**Wir sind unter uns geblieben. Man ist nie zu den anderen hingegangen, und die sind auch unter sich geblieben. Wenn man Leute neu kennengelernt hat, war das zuerst ok. Wenn man dann aber gesagt hat, man kommt vom Pestalozzi, ist die Stimmung gleich anders geworden.**

War das Förderzentrum der richtige Ort?

**Irgendwann habe ich mich schon ein bisschen unterfordert gefühlt. Ich hätte vielleicht auch früher auf die Regelschule wechseln können. Gut gefallen hat mir, wie wir das Bruch-**

**rechnen gelernt haben: Wir haben Schokokuchen mitgebracht und aufgeteilt. Und natürlich gegessen. In der 6. habe ich auch sehr vom hauswirtschaftlichen Bereich profitiert, Hygiene in der Küche gelernt zum Beispiel.**

Jetzt hat Enrico Rehäußer eine Freundin, die aus einer Welt kommt, zu der er früher keinen Zutritt hatte, der akademischen. Sie studiert Veterinärmedizin in Berlin. Und kocht nicht gern. Das übernimmt er liebend gern. Aus seiner Vergangenheit zieht er diese Lehre: „Du kannst immer was erreichen, wenn du dich anstrengst – und nicht auf die anderen hörst, die sagen, du bist weniger Wert.“



Patrick Maier absolviert beim Amt für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten das 2. Ausbildungsjahr zum Fachlehrer-anwärter – als einziger Mann in ganz Bayern. Auch Nähen unterrichtet der 26-Jährige. Die 1. Klasse musste er wiederholen, in der 4. Klasse kam er ins Sonderpädagogische Förderzentrum Bonbruck in Niederbayern. Absolvierte ein Berufsvorbereitungsjahr in Landshut-Schönbrunn, weiter auf die Berufsfachschule für Ernährung und Versorgung (Hauswirtschaft).

Er ging dann zunächst an die Fachakademie für Ernährungs- und Versorgungsmanagement, Schwerpunkt Hotel und Event, in Vilshofen und hängte ein einjähriges Praktikum beim Biofachhändler Byodo in der Lebensmittelqualitätssicherung dran. „In diesem Bereich“, sagt er heute, „hätte ich aber nur mit einem Studium Fuß fassen können. Und ganz ehrlich: Nach insgesamt 15 Jahren Schule wollte ich endlich mal arbeiten gehen und selbst Geld verdienen“. Im Gespräch erinnert sich Patrick Maier, wie er einst nach den Osterferien auf die Förderschule kam.

War die Förderschule der richtige Ort?

**Patrick Maier: Ich bin ein relativ ruhiger Mensch, in einer Klasse mit 30 Kindern auf der Regelschule bin ich untergegangen. Auf der Förderschule waren es dann elf. Aber mein Problem war: Als Kind habe ich einfach nicht gewusst, auf welche Weise, mit welcher Methode ich selbstständig lernen konnte. Mit zehn Jahren hieß es dann nach einem Test, ich hätte eine Lernschwäche.**

Wie war es, auf einmal zu den anderen zu gehören?

**Das hat vor allem meinen Eltern wehgetan. Förderschule ist halt das unterste, was möglich ist. Was mir weh getan hat, war, dass ich aus der Klassengemeinschaft rausgerissen >**

worden bin. Ich hatte drei, vier Freunde, mit denen ich immer Fußball gespielt habe. Meine Mutter hat damals Vollzeit bei McDonald's gearbeitet, mein Vater in der Fertigung bei BMW, die hatten selbst nie einen richtigen Bezug zum Lernen. Jedes mal, wenn ich aus dem Bus ausgestiegen bin, bin ich beäugt worden und habe mich geschämt. Einen solchen Start zu haben, das würde ich gerne jedem ersparen. Die Gesellschaft wird es nie akzeptieren. Der Stempel bleibt drauf.

Was hat die Förderschule gebracht?

Ich habe mich auf der Förderschule geändert, weil ich da in einem geschützten Raum war, dort habe ich mich mehr getraut, im Unterricht mehr gemeldet. Für mich war es der richtige Weg. In der 7. Klasse hatte ich dann zwei Wochen Probeunterricht in einer Mittelschule. Das war eine raue Klasse, die Lehrerin hatte Probleme, sie in den Griff zu kriegen. Ich hatte inzwischen herausgefunden, wie ich lernen musste: Ich musste nicht auswendig lernen, sondern verstehen, wie das System hinter etwas ist. Für gewisse Lerninhalte habe ich einfach länger gebraucht. Aber nach intensiverem Üben konnte ich es dann.

Wie war es, im Berufsleben – als Junge von der Förderschule? Ich habe mich langsam an die berufliche und an die schulische Welt herangearbeitet. Ich hatte erstmal nur den Förderschulabschluss – also strenggenommen gar keinen. Ins Arbeitsleben zu kommen, war für mich ein Realitätschock nach dem Leben in einem Schutz- und Förderraum. In der Berufsschule habe ich nicht gesagt, auf welcher Schule ich war. Mittlerweile sage ich es, weil ich stolz darauf bin, es geschafft zu haben. Aber es ärgert einen schon, wenn immer noch 80 Prozent der Betriebe sagen: „Du bist nichts, du kannst nichts“!

■ ■

Florian Lärz hat ein Förderzentrum mit dem Schwerpunkt Geistige Entwicklung besucht. Die neunte Klasse hat er mit der Berufsschulstufe abgeschlossen und sich vor Kurzem zum Betreuer-Assistenten in der Altenpflege ausbilden lassen. Schon als Kind wusste er, so erzählt es seine Oma aus Passau, die ihn großgezogen hat, „ich will alten Menschen helfen.“ Ein Praktikum im Einzelhandel hat ihm „nicht so gefallen“, wie er sagt, so absolvierte er die dreijährige Ausbildung zum Pflegehelfer. Er hatte immer ein sehr soziales Wesen, sagt die Oma, „dazu werden sie auch in der Schule angeleitet“.

Die Großmutter hielt die Förderschule nicht von Anfang an für den richtigen Ort: „Bis ich mitgekriegt habe, dass was nicht stimmt, habe ich gehadert. Er ist ja nicht dumm, er ist langsam. Aber an einer anderen Schule wäre er untergegangen. Ich bin stolz darauf, dass er integriert ist“. Eine bessere Schule als St. Severin, die er besucht hat, da ist die Rentnerin, gelernte Köchin, sicher, „gibt es für ihn gar nicht. Die bemühen sich wirklich um die Kinder. Das sehe man zum Beispiel „an dem Musical, das sie auf die Beine gestellt haben.“ Florian spielt Keyboard, wenn auch ohne Noten, und kann gut die Stimme halten.

Was hat Ihnen gefallen an der Schule?

**Florian Lärz:** Das Musical „Zebra und Giraffe“ war toll. Da habe ich gespielt und gesungen. Ich war ein Schauspieler, eine Giraffe. Das Zebra und ich, wir hatten Streifen und Punkte und durften nicht befreundet sein. Und dann ist auch ein Löwe gekommen und ich bin weggelaufen. Einmal bin ich dann ganz allein auf der Bühne gewesen. Ganz schön war, dass wir zur Olympiade gefahren sind (Special Olympics; cb), da habe ich Gold geholt über 100 Meter.

Wie läuft es in der Arbeit?


Das macht richtig Spaß. Wir machen jeden Tag was anderes. Ich bin in der Demenzgruppe. Wir reden, ich lese was aus der Zeitung vor, wer gestorben ist, welcher Unfall passiert ist, was im Sport los ist. Wir machen Brettspiele oder spielen Uno. Samstag, Sonntag habe ich frei.

Zur Arbeit fährt Florian Lärz mit dem eigenen, gebrauchten Hyundai. Den Führerschein hat er, so berichtet die Großmutter, in eineinhalb Jahren nach ein paar Anläufen geschafft. Seit Kurzem fährt er auch ein offenes Vierrad-Geländefahrzeug, ein Quad, 250 Kubikzentimeter, damit braust er öfter auch „umi zur Mama“, die nicht weit entfernt wohnt.

Was ist Ihnen von der Förderschule besonders in Erinnerung?

Dass ich den besten Lehrer gehabt habe, das war der Herr Wagner in Religion und Musik. Ich durfte mit ihm und zwei Mädchen und dem Schulleiter und einem Sportlehrer zur Olympiade nach Berlin fahren für einen Tag. Der Herr Wagner hat mir alles beigebracht und er hat immer gesagt: „Du schaffst das!“

“

A woman with blonde hair and glasses, wearing a red sleeveless top and blue jeans, stands in a field of tall, golden-brown grass. She is smiling and looking towards the camera. The background is a dense line of green trees under a bright sky.

**Im Rückblick  
war der Wechsel  
auf die Förderschule  
goldrichtig.  
Endlich nicht mehr  
die einzige sein,  
die ...**

# Das Allgäuer Förder-Quartett



**Johannes Breitfeld,**

Schulrat am Schulamt Oberallgäu, Lindau, Kempten; seit 1. März zuständig für die Grund- und Mittelschulen der Stadt Kempten; Betreuung der Modellregion Inklusion, Mitglied der Steuergruppe „Modellregion Inklusion“, Kempten

**Oliver Huber,**

Referat Jugend, Schule und Soziales; Leiter des Amts für Jugendarbeit; zuständig vor allem für Präventionsarbeit und für das sozialpädagogische Personal der Flex-, Stütz- und Förderklassen und des Mittelschulteams; Mitglied der Steuergruppe „Modellregion Inklusion“, Kempten.

**Hans Fasser,**

Schulamtsdirektor a. D. (seit März 2019); BLLV-Mitglied; seit zwölf Jahren mit dem Inklusionsmodell der Stadt Kempten befasst und einer der Väter der Modellregion.

**Bernhard Dossenbach,**

Leiter der Agnes-Wyssach-Schule, eines von vier sonderpädagogischen Förderzentren in Kempten, Schwerpunkt Lernen, Sprache, Verhalten; Mitglied der Steuergruppe „Modellregion Inklusion“, Kempten

Förderschule und Inklusion – die vier freundlichen Herren von der „Modellregion Kempten“ erklären, warum das bei ihnen kein Gegensatz ist, sondern ein fruchtbares Zusammenspiel.

”

**bayerische schule: Der „Modellregion Inklusion“ in Kempten eilt der Ruf voraus, dass in Sachen Inklusion so manches anders und vieles besser läuft als anderswo. Was gelingt hier besser?**

*Breitfeld:* Die Angebotspalette für Familien mit förderbedürftigen Kindern ist wesentlich breiter als anderswo. Das Besondere hier ist letztlich die Kooperation der Trias: Stadt, Förderzentren und Grund- und Mittelschulen. Eine Faustregel ist: Für jede Lehrerstunde, die von der Grund- und Mittelschuleseite in den inklusiven Bereich investiert wird, kommen auch Stunden von Seiten des Förderzentrums und pädagogische Fachkräfte von der Stadt Kempten on top.

**Für gewöhnlich interessieren sich Kommunen nicht besonders für die Belange der Förderschule, für Inklusion schon gar nicht. Warum ist das in Kempten offensichtlich anders?**

*Huber:* Hier hat man verstanden. Es geht immer um den einen Menschen, um das Kind, den Jugendlichen. Das Kind ist nicht vormittags der Schüler, der beim Herrn Dossenbach oder in einer Grund- und Mittelschule auftaucht, und nachmittags dann Fall der Jugendhilfe ist. Es geht um eine ganzheitliche Sicht des jungen Menschen.

**Kostet das die Stadt nicht deutlich mehr Ressourcen?**

*Huber:* Wenn ich präventiv arbeiten will, kriege ich das nicht zum Nulltarif. Es braucht da auch einen Oberbürgermeister und entsprechende Gremien, die sagen: „Jawohl, das ist der Weg, den wir als Stadt gehen!“ >

*Fasser:* Vor gut 15 Jahren besuchten Vertreter der Stadt Kempten die kleine Kommune Amtzell in Baden-Württemberg. Die haben damals schon Schulsozialarbeit, Ganztagsklassen und dergleichen gestemmt. Deren Kämmerer konnte uns belegen, dass sich präventive Investitionen von kommunaler Seite auch rechnen. Was die Kommune an präventiven Maßnahmen eingebracht hat, hat sie an anderer Stelle wieder gespart, bei den Ausgaben für die Jugendhilfe etwa oder im stationären Bereich.

*Huber:* Das lässt sich übrigens seit Jahren auch in den städtischen Haushaltsmitteln von Kempten darstellen: fiskalisch rechnet es sich tatsächlich, in die Prävention zu investieren.

### **So gesehen könnte der Staat von der Region Kempten lernen, mehr in präventive und inklusive Maßnahmen zu investieren.**

*Huber:* Inklusion nur als kommunale Aufgabe zu betrachten, wäre gänzlich falsch.

*Breitfeld:* Es war ja die Idee des Kultusministeriums, die Modellregion als solche zu bezeichnen. Und nun sollen ja auch Modellregionen in anderen Regierungsbezirken entstehen.

### **Warum war der Boden ausgerechnet in Kempten so fruchtbar für Inklusion?**

*Fasser:* Im Bildungsbericht 2005 wurde Kempten als die Stadt mit den meisten Schulabgängern ohne Abschluss in Deutschland aufgeführt. Das hat die Stadt richtig wachgerüttelt.

*Breitfeld:* Es war einfach ein Instinkt, den Bernhard Dossenbach vor zwölf Jahren gehabt hat, das Förderzentrum zu öffnen. Und dann waren die Türen des Schulamts offen, und von der Stadt kam die finanzielle und auch ideelle Unterstützung.

### **Herr Dossenbach, was hat Sie konkret dazu veranlasst, Ihr Förderzentrum umzukrempeln und voll auf Inklusion zu setzen?**

*Dossenbach:* Ich bin seit 2006 Schulleiter in Kempten. Davor habe ich ein Förderzentrum in einem anderen Landkreis geleitet und festgestellt, dass es immer schwieriger wird, dem zunehmenden Förderbedarf der Schüler als Schule allein gerecht zu werden. Meine Versuche, Kooperationen mit Regelschule und Jugendhilfe aufzubauen, fanden jedoch keinen Anklang. In Kempten war die Schülersituation ähnlich, ich rannte mit meinem Anliegen bei der Stadt und im Schulamt allerdings offene Türen ein. Dort hatten die Verantwortlichen die gleichen Ideen, die gleichen Ziele. So ist die Trias entstanden.

*Fasser:* Die Türöffner waren dann letztlich vor etwa zwölf Jahren die Kooperationsklassen. Herr Dossenbach kam mit diesem Angebot auf die Kemptener Schulleiter zu. Die Nachfrage wuchs

nach einem zögerlichen Beginn enorm, mehr als wir mit unseren eigenen Ressourcen bewältigen konnten. Als dann 2011 die ersten Profilschulen Inklusion geschaffen wurden, hatten viele Kemptener Schulen Interesse an diesem neuen Angebot. Schließlich konnten sich auch Förderzentren für das Profil bewerben – unter der Voraussetzung, dass die Förderschulen ihr Konzept im Kultusministerium selber vorstellen. Und als die in München hörten, was sich da bei uns alles tut, kam die Idee von der Staatsregierung, das, was wir ausgearbeitet haben, könnte auch für andere interessant sein. So konnten wir die Modellregion gründen. Die Stadt Kempten hatte ihrerseits parallel das Projekt „Miteinander inklusiv in Kempten“ entwickelt.

### **Das klingt, als wären alle rundum begeistert gewesen. Ungewöhnlich!**

*Fasser:* Das Angebot wurde von einigen erstmal skeptisch aufgenommen. Von Eltern, Schulleitern, Lehrern. Die wussten noch nicht so richtig: Ist das in erster Linie eine Mehrbelastung oder ist es eine Unterstützung?

### **Zu den Eltern: Sind die inzwischen aufgeschlossener?**

*Dossenbach:* Wir hatten schon welche, die gesagt haben: „Förderschule? Kommt überhaupt nicht in Frage!“ Seit wir aber diese vielen inklusiven Settings entwickelt haben, haben wir eine viel entspanntere Elternschaft. Die kommen und suchen Rat, weil sie wissen: „Wenn ich um Rat bitte, landet das Kind nicht gleich in der Förderschule.“ Wir haben eine Beratungsstelle geschaffen. Da können sich Eltern an ein interdisziplinäres Team von Schulpsychologen, von Beratungsfachkräften, von Sonderpädagogen wenden.

*Breitfeld:* Durch die vielen Angebote haben die Eltern hier wirklich eine Wahl. Und letztlich zählt der Elternwille.

### **So eine Beratungsstelle Inklusion hat doch jedes Schulamt.**

*Dossenbach (schmunzelnd):* Wir hatten das schon zehn Jahre vorher!

*Breitfeld:* Bei uns ist die Beratung nicht an einer Schule oder am Schulamt angesiedelt. Die verschiedenen Schularten bieten das Hand in Hand an, aber nicht unter dem Dach einer Schule, sondern als quasi neutrale Beratungsstelle für alle Schulen.

*Huber:* Der Beratungsraum ist in einer unabhängigen Immobilie der Stadt Kempten, in der man anonym bleiben kann. Außerhalb jeglicher Amts- oder Schulstruktur.

### **Eines Ihrer Vorzeige-Projekte ist die Flexklasse.**

*Dossenbach:* Ja, da werden temporär Schüler am Rande der Beschulbarkeit aufgenommen, die aus dem Regelschulsystem

rauszufallen drohen. Jetzt bietet die Jugendhilfe einen Sozialpädagogen, das Schulamt eine Grundschullehrkraft, und von mir kommt ein Sonderpädagoge dazu. Dann ist da noch ein Jahrespraktikant, das ergibt grob gesagt vier Stellen. Diese interdisziplinäre Gruppe beschult zwischen drei und sechs Kinder.

### **Ein unglaublicher Betreuungsschlüssel. Wie lange läuft so eine Maßnahme dann?**

*Dossenbach:* Man versucht, die Schüler innerhalb von etwa drei Monaten zu stabilisieren und mit einem Rückführungskonzept in ihre Regelklasse zurückzuführen.

### **Dann kommt das Kind wieder in seine alten Strukturen zurück und das Spiel geht von vorne los.**

*Fasser:* Wenn man so ein Kind aus dem System temporär rausnimmt, und es ändert sich dann nichts an den Rahmenbedingungen, dann ist der Effekt nach kurzer Zeit tatsächlich verfliegen. Wir sprechen hier aber von einem Ganztagskonstrukt, und das beinhaltet auch ein intensives Begleiten der Eltern.

### **Mit welchem Effekt?**

*Fasser:* Die Hochschule Kempten hat das Projekt evaluiert: Für rund 70 Prozent der Kinder war dieser Weg genau der richtige, sie konnten so weit stabilisiert werden, dass sie erfolgreich am Unterricht der Regelschule teilnehmen.

### **Schüler und Eltern fühlen sich also nicht so schnell stigmatisiert, wie das sonst der Fall ist.**

*Huber:* Die Kinder bleiben Kinder ihrer Klasse. Sie werden nicht rausgenommen und abgemeldet. Ihnen wird Zeit gegeben, daran zu arbeiten, in diesem Gefüge ihre Stärken zu entwickeln und soviel Stabilität zu erreichen, dass sie wieder zurückkönnen. Da kommt es sehr auf die Zusammenarbeit der Stammschule mit den Eltern an.

### **Wenn Sie insgesamt so erfolgreiche Inklusionsarbeit leisten, brauchen Sie da überhaupt noch ein Förderzentrum?**

*Fasser:* Wir schaffen nicht alles ...

*Dossenbach:* Das ist jetzt aber ein großes Thema ...

### **... aber unser Kernthema. Es gibt genügend Leute, die aus der UN-Behindertenrechtskonvention die Forderung ableiten, alle Förderzentren zu schließen.**

*Dossenbach:* Ich sehe das wie eine kommunizierende Röhre: Je intensiver und je qualitativer inklusive Settings werden, desto weniger Schüler brauchen ein Förderzentrum. Vor zwölf Jahren haben wir angefangen, diese inklusiven Settings einzurichten,

natürlich mit dem Ziel, Schüler des Förderzentrums dort unterzubringen. Ich brauche ja auch die Stunden irgendwoher. Ich habe im Laufe der Jahre etwa ein Drittel meiner Schüler in inklusiven Maßnahmen an Regelschulen untergebracht – und die freiwerdenden Lehrerstunden – das war der Deal mit der Regierung von Schwaben – durfte ich zum großen Teil für die Mobilien Sonderpädagogischen Dienste hernehmen, und in diese inklusiven Settings einbringen.

### **Wie konnten Sie sich so sicher sein, dass diese Rechnung wirklich aufgeht?**

*Dossenbach:* Das war tatsächlich ein Vabanque-Spiel. Ich hatte einige schlaflose Nächte: Was passiert, wenn es den Schülern dann nicht besser geht, und wenn sie nicht mindestens genauso gut versorgt sind wie bei uns? Die Lehrerstunden und die Klassen hatte ich ja schon abgebaut. Es hat aber funktioniert. Wir haben jetzt hier im Haus zwar weniger Schüler, aber: Schüler mit wesentlich höherem Förderbedarf. Ich kann hier natürlich nicht ein Haus aufbauen, in dem nur noch diejenigen beschult werden, die überhaupt keine Chance mehr haben. Das wäre für die Entwicklung eines Förderzentrums fatal. Darum öffnen wir das Förderzentrum auch für Schüler ohne Förderbedarf.

### **Und die kommen freiwillig, nur damit bei Ihnen die Mischung stimmt?**

*Dossenbach:* So einfach ist es natürlich nicht. Aber wenn wir hier ein Exklusions-Ghetto bekommen, haben wir für unsere Kinder keine Vorbilder mehr. Dann tun wir uns wahnsinnig schwer, diesen Schülern eine gute Entwicklung zu ermöglichen. Deshalb haben wir kooperative Arbeitsgemeinschaften mit vier, fünf Regelschulen in unserem Umkreis installiert. Die Schulen haben sich zusammengeschlossen, sie öffnen ihr Arbeitskonzept, die Schüler können jetzt wählen, welches Angebot sie nehmen wollen.

### **Regelschüler nutzen also Ihre Ressourcen mit.**

*Fasser:* Richtig, es geht uns ums Aufbrechen der klassischen Lernorte.

*Huber:* Ein Förderzentrum ist für viele einfach ein Förderzentrum und immer noch mit dem alten Begriff „Sonderschule“ belegt. Dass man von dem Know-how profitieren kann, das es da gibt und das einem sonst nicht zur Verfügung stehen würde, das muss man erstmal erfahren.

*Fasser:* Für uns hat sich der duale Weg als sinnvoll herausgestellt. Wir brauchen Förderzentren mit ihren spezifischen Angeboten für Aufgaben, die die Regelschulen einfach nicht leisten können und auch als Kompetenzzentren. >



„Eine Lehrkraft müsste Buchungszeiten haben für Unterricht, für Teams, für Vorbereitungen“

Bernhard Dossenbach

**Geben Sie als Steuergruppe vor, wie die Schulen Inklusion umsetzen sollen?**

*Dossenbach:* Die Schule muss sich selbst auf den Weg machen, es geht nicht top-down.

*Fasser:* Wir haben darauf geachtet, dass die Schulen möglichst flexibel mit den Stunden umgehen können, die sie für die Projekte einsetzen. Eigenverantwortung zählt. Wir haben zusätzliche Ressourcen vom KM bekommen, die aber nicht von uns verordnet werden. Die Schulen entscheiden autark, wie sie sie verwenden.

*Breitfeld:* Nicht jede Schule ist Profilschule, aber jede Kemptener Grund- und Mittelschule arbeitet in einer Form inklusiv mit.

**Und die Gymnasien und Realschulen?**

*Fasser:* Herausforderungen im emotional-sozialen Bereich sind in allen Schularten zu bewältigen. Wir haben mehrere gemeinsame Fortbildungen gestaltet, die sehr gut ankamen, und das führte auch zu einer Vernetzung der Lehrkräfte untereinander.

**Es geht bei Ihnen viel um Vernetzung und um Multiprofessionalität. Die setzt den Willen zur Zusammenarbeit voraus.**



„Inklusion nur als kommunale Aufgabe zu betrachten, wäre gänzlich falsch.“

Oliver Huber

**Sind Lehrer bei Ihnen bessere Teamplayer als anderswo?**

*Breitfeld:* Der Lehrerberuf bewegt sich seit Jahrzehnten weg vom Einzelkämpfertum hin zur Teamarbeit. Wenn Sozialpädagoge, Sonderpädagoge und Mittelschullehrer zusammenwirken, dann gibt es einen ordentlichen Schub in alle Richtungen, nicht nur fachlich, auch von der Arbeitsorganisation her.

**Regelschullehrkräfte sehen die Inklusion oft als zusätzliche Belastung, sie empfinden Kooperation als hohen Zeitaufwand. Wie nehmen Sie diese Kolleginnen und Kollegen mit?**

*Breitfeld:* Es wäre vermessen zu glauben, dass alle Fans dieses Systems wären. Die Notwendigkeit, in einem Team zusammenzuarbeiten, die regelmäßigen Absprachen zu jeder Zeit, das ist nicht Sache eines jeden Lehrers, da muss Überzeugungsarbeit geleistet werden. Die Lehrer, die merken, dass sie da einen Mehrwert rausziehen, die werden auf diesen Zug aber aufspringen. Es gibt Schulen, wo das Inklusionskonzept aktuell rund läuft und andere, die gerade nachjustieren und ihr Konzept überarbeiten. Dabei werden natürlich auch kritische Stimmen gehört. Jede Schule hat das Recht und die Möglichkeit, das so auszuarbeiten, dass es für das eigene Kollegium passt. Ein



„Die sonderpädagogische Präsenz, die Multiprofessionalität, das hat den Kindern unglaublich gut getan.“

Hans Fasser

Inklusionskonzept kann nie als endgültig bezeichnet werden, es befindet sich immer im Prozess der Überarbeitung.

*Fasser:* Über meine Frau, sie ist Grundschullehrerin, erlebe ich hautnah mit, wie immens der Kommunikationsbedarf an Schulen mit multiprofessionellen Teams in den letzten Jahren zugenommen hat. In den vier Partnerklassen ihrer Schule sind rund 70 Menschen aus unterschiedlichen Professionen tätig. Die zeitlichen Möglichkeiten einer Regellehrkraft sind aber nicht größer geworden. Die verschiedenen Professionen können ihre Besprechungszeiten zum Teil in ihre Arbeitszeit hineinnehmen, Lehrkräfte müssen das in der Regel on top leisten. Es sollten Zeitfenster geschaffen werden, um diese notwendigen Absprachen treffen zu können. Anrechnungsstunden für regelmäßige Absprachen und Teamsitzungen würden dies sicher erleichtern. Viele erleben die Zeit, die sie investieren, schließlich als sehr hilfreich.

*Dossenbach:* Es ist ein grundsätzliches Problem: Eine Lehrkraft müsste Buchungszeiten haben für Unterricht, für Teams, für Vorbereitungen. Es bringt einem ja auch Entlastung, wenn man Vorbereitung und Aufgaben aufteilt. Aber genau das muss erst einmal erfahren werden.



„Je intensiver und qualitativer inklusive Settings werden, desto weniger Schüler brauchen ein Förderzentrum.“

Johannes Breiffeld

**Kommen wir noch einmal zu den Ressourcen. Herr Dossenbach, Sie haben ein Drittel Ihrer Schüler abgegeben – und viele Stunden in die Inklusion investiert. Reicht das?**

*Dossenbach:* Nein, die Ressourcen aus der Sonderpädagogik allein reichen nicht.

*Breiffeld:* Grundsätzlich sind alle Schulen in der Pflicht inklusiv zu beschulen. Grund- und Mittelschulen in besonderer Weise. Es gibt für Einzelinklusion Lehrerstunden für alle Schulen, die Kinder mit sonderpädagogischem Gutachten melden. Die ausgewiesenen Profilschulen Inklusion erhalten zudem ein eigenes Kontingent an Stunden, das ist für alle Schulen bayernweit gleich. Und es gibt für unsere Modellregion einen eigenen Topf für Inklusion, durch den wir separat bedacht werden. Ohne diesen Topf würde es definitiv nicht funktionieren.

**Wenn es schon Modellregion heißt – wie gut ist das auf andere Regionen übertragbar?**

*Fasser:* Es liegen wissenschaftlich abgesicherte Erkenntnisse der LMU München vor, die uns in der Steuergruppe begleitet. Blaupausen kann es natürlich nicht geben, aber übertragbar sind einige Punkte wie eine enge Vernetzung, Flexibilisierung >

der Ressourcen und Delegieren der Verantwortung nach unten an die Schulen. Es wäre auch wünschenswert, dass nicht bloß lokal, sondern auch auf ministerieller Ebene enger zusammengearbeitet wird.

*Breitfeld:* In den nächsten Jahren soll jeder Regierungsbezirk eine Modellregion entwickeln.

**In Bayern hat es Tradition, dass mit dem Modellstatus gerne auch ein Teil der besonderen Ressourcen verschwindet.**

*Breitfeld:* Nochmal: Ohne das Zubrot an Stunden als Modellregion ist das nicht zu machen. Wir hoffen schwer darauf, dass das erhalten bleibt.

*Fasser:* Bei den vom Staat garantierten Stunden für die Profilschulen gab es am Anfang auch Skepsis, ob die erhalten bleiben. Aber seit 2011 fließen sie regelmäßig. Mindestens dreizehn Stunden von Förderschulseite, zehn von der Regelschulseite.



*Dossenbach:* Aber man muss auch sagen: das reicht nicht aus für eine wirklich gute Entwicklung.

**Was bräuchte es denn, damit sich alles gut weiterentwickelt?**

*Breitfeld:* Konstanz. Man muss sich drauf verlassen können, dass das, was man an Strukturen schafft, erhalten bleibt.

*Fasser:* Ich habe noch nie eine Phase erlebt, in der Schulentwicklung so intensiv gewesen ist, wie in den letzten zehn Jahren. Die sonderpädagogische Präsenz, die Multiprofessionalität, das hat den Kindern unglaublich gut getan. Und das muss man weiter ausbauen. Aber es ist kein Selbstläufer. Auch die Schulpolitik muss das Pflänzchen „Inklusion“ weiter pflegen.

*Huber:* Dran bleiben. Man muss weiterhin immer das gesamte inklusive Feld im Blick haben, dazu gehört die sozialministerielle Seite ebenso wie die Schule. Auch wenn es unterschiedliche Zuständigkeiten jeweils vor Ort gibt, lässt es sich auf der großen Ebene nicht auseinanderdividieren. Wir sprechen immer von *einem* Menschen.

*Dossenbach:* Die Entwicklung, die wir jetzt hier erlebt haben, muss sich unbedingt in der Ausbildung niederschlagen, in der für Regelschullehrer, aber auch in der für Sonderpädagogen. Es braucht ein anderes Lehrerbild schon in der Ausbildung. Angehende Lehrkräfte müssen sich im Klaren sein, dass sie ihre Arbeit nicht mehr als Einzelkämpfer hinter der geschlossenen Klassenzimmertüre machen können, sondern oft in multiprofessionellen Teams tätig sein werden. //

**Das Gespräch führten Steve Bauer und Chris Bleher**

„Es braucht ein  
anderes Lehrerbild  
schon in der  
Ausbildung“



# MODELLREGION KEMPTEN – Förderung à la Carte

Kempten, die Stadt im Allgäuer Regierungsbezirk Schwaben, 73.000 Einwohner, koordiniert vielfältige Fördermaßnahmen über den kommunalen Aktionsplan Inklusion. Durch das Zusammenspiel in der Trias von Stadt, Regelschule und Förderzentren hat sich nicht nur ein beachtenswertes inklusives Angebot für die Schülerinnen und Schüler ergeben. Förderzentren wurden auch intern umstrukturiert und haben sich auf Inklusion ausgerichtet. Einige Angebote sind in anderen Regionen ebenfalls etabliert, manche dagegen in dieser Form nur hier anzutreffen. Die Steuergruppe beschreibt die hiesigen Einrichtungen so:\*

## **Beratungsstelle Inklusion**

Ein Team aus SchulpsychologInnen, BeratungslehrerInnen und Lehrkräften für Sonderpädagogik (oder: FörderschullehrerInnen) des MSD beraten Eltern, Lehrkräfte und Schülerinnen und Schüler in Kempten auf „neutralem Boden“ in einer Immobilie der Stadt.

## **Profilschulen**

Fünf Grundschulen, eine Mittelschule und drei Förderzentren weisen das Profil Inklusion aus. Lehrkräfte der Regelschule und Sonderpädagogen gestalten gegebenenfalls zusammen mit weiteren Fachkräften das gemeinsame Lernen. Die Lehrkräfte für Sonderpädagogik sind in das Kollegium der allgemeinen Schule eingebunden.

## **Einzelinklusion**

In enger Absprache können Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf an jeder allgemeinen Schule oder beruflichen Schule durch die Mobilen Sonderpädagogischen Dienste (MSD) des Förderzentrums unterstützt werden.

## **Kooperationsschienen**

Jahrgangsstufen der allgemeinen Schule, die Kinder mit und ohne sonderpädagogischen Förderbedarf besuchen. Eine Lehrkraft der Förderschule betreut die Kooperationsschiene mit mehreren Stunden pro Woche.

## **Partnerklassen**

Schüler und Schülerinnen eines Förderzentrums und einer allgemeinen Schule werden im Rahmen eines gebundenen Ganztageskonzeptes gemeinsam von einer Lehrkraft des Förderzentrums und einer Lehrkraft der Grundschule unterrichtet. Wöchentlich findet ein Unterrichtstag an der jeweils anderen Schule statt.

## **Tandemklassen**

Kinder mit dem Förderschwerpunkt „geistige Entwicklung“ und Kinder der Regelschule werden von einem Lehrer-Tandem der Regelschule und der Förderschule gemeinsam, in einer Klasse, unterrichtet.

## **Mittelschul-Teams**

Sozial- und Sonderpädagogen unterstützen und fördern Schülerinnen und Schüler mit einem höheren Förderbedarf vor allem der Jahrgangsstufen fünf und sechs an Mittelschulen.

## **Stütz- und Förderklassen**

In Kleinstklassen können Schülerinnen und Schüler in ihren schulischen wie auch in ihren emotional-sozialen Bedürfnissen gefördert und unterstützt werden.

## **Praxisklassen**

Modell zur Förderung von Schülerinnen und Schülern der Mittelschule, die erhebliche Lern- und Leistungsrückstände aufweisen. Durch eine spezifische Förderung werden sie so begleitet, dass sie eine positive Lern- und Arbeitshaltung entwickeln können.

## **Flexklassen**

Ein ganz besonderes Angebot in Kempten. Interdisziplinäre Förderung und Begleitung für Kinder und Jugendliche, die einen vorübergehend erhöhten emotional-sozialen Förderbedarf haben. Die Unterstützung gilt auch den Eltern und den Klassenlehrern.

## **Förderberufsschule**

Seit 1953 hat Kempten ein Förderzentrum mit integrierter Förderberufsschule für Schülerinnen und Schüler, die beim Lernen mehr Unterstützung benötigen. **bs**

\*Quelle: Miteinander inklusiv Kempten (MIK) – kommunaler Aktionsplan zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention; Stadt Kempten (Allgäu), April 2016

Prof. Dr. Rolf Werning\*

# Wenn Inklusion nur Anhängsel statt Treiber der Schulentwicklung ist

Förderschulen im Kontext des Anspruchs an inklusive  
Bildung in Bayern – eine kritische Außensicht



**D**as Bayerische Gesetz über das Erziehungs- und Unterrichtswesen beschreibt die inklusive Schule als Ziel der Schulentwicklung für alle Schulen (BayEUG 30b). Bayern setzt dabei auf die Vielfalt schulischer Angebote auf dem Weg zur Inklusion. Förderschulen werden hierzu als notwendige Ergänzung und alternativer Lernort innerhalb des allgemeinen schulischen Angebots beschrieben (Bay. Staatsministerium für Unterricht und Kultus, 2012, S. 7).

Bayern hält klar an Förderschulen fest. Das zeigt sich auch im Spiegel der Statistik: Der Anteil der vollzeitpflichtigen Schülerinnen und Schüler, die in Förderschulen unterrichtet werden, ist in den vergangenen 17 Jahren – trotz des Inkrafttretens der UN-Behindertenrechtskonvention – leicht

gestiegen. Im Jahr 2000 betrug er 4,7 Prozent, 2017 lag er bei 4,8 Prozent. (Autorengruppe Bildungsberichterstattung, 2014, S. 179, 2016, S. 81., 2018, S. 105). Neben diesem stabilen Anteil von FörderschülerInnen wuchs der Anteil von IntegrationsschülerInnen, also von Kindern und Jugendliche mit sonderpädagogischem Förderbedarf, die an allgemeinen Schulen unterrichtet werden, von 0,6 auf 1,7 Prozent. Damit hat Bayern 2017 nach Hessen den zweitgeringsten Inklusionsanteil in allen deutschen Bundesländern.

In Bayern ist somit der Besuch der Förderschule für Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf der Regelfall, der Besuch der allgemeinen Schule bleibt eher die Ausnahme. Ein solches Vorgehen wird insbesondere vom Deutschen Institut für Menschenrechte (2017, 1f.) kritisiert, da die dauerhafte Aufrechterhaltung >

separierender Strukturen nicht UN-BRK-konform sei. Konsequenzen zieht dies bisher jedoch nicht nach sich. Weder hat die UN eine besondere Sanktionsmacht (wie auch bei Verstößen gegen andere Menschenrechte), noch kann sie durch spezifische Steuerungsmechanismen, etwa dem Bereitstellen oder Entziehen von Fördermitteln, Entwicklungsprozesse beeinflussen (vgl. Altrichter & Feyerer 2011). Auch die Bundesrepublik hat noch keine Sanktionen bei Verstößen gegen die UN-BRK in Aussicht gestellt. So gibt es in allen Bundesländern – neben der Möglichkeit der integrativen Förderung an allgemeinen Schulen – weiterhin Förderschulen bzw. Förderzentren in unterschiedlichen Bezeichnungen, an denen Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf beschult werden können.

Überwiegend haben so die Eltern ein Wahlrecht zwischen Förder- oder allgemeiner Schule. Unterschiede zeigen sich hingegen in der zukunftsbezogenen Ausrichtung wie auch in den schon seit längerem bestehenden rechtlichen Grundlagen zur Umsetzung der inklusiven schulischen Bildung. Einzelne Bundesländer priorisieren klar die gemeinsame Förderung aller Schülerinnen und Schüler in der allgemeinen Schule. Dazu gehören Bremen und Schleswig-Holstein. Ein klares Bekenntnis zur Förderschule als notwendige Schulform gibt es auf der anderen Seite neben Bayern auch in Sachsen.

## Was wissen wir über exklusive beziehungsweise inklusive Förderung?

Die Übersichten nationaler wie internationaler Studien (z.B. Hildeschiedt und Sander 1996; Möller 2013; Katz und Miranda 2002; Ruijs und Peetsma 2009) kommen zu dem Ergebnis, dass sich Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf überwiegend gleich oder besser entwickeln, wenn sie integrativ/inklusiv beschult werden. Gerade Schülerinnen und Schüler mit Lernbeeinträchtigungen profitieren von inklusivem Unterricht (vgl. Kocaj et al. 2014). Auch die nachschulische Entwicklung verläuft bei integrativ unterrichteten Schülerinnen und Schülern mit sonderpädagogischem Förderbedarfen positiver (vgl. Haeberlin et al. 2011, Myklebust 2006).

Vorliegende Befunde zeigen zudem, dass gemeinsames Lernen in heterogenen Lerngruppen keine prinzipiell negativen Effekte auf die Lernentwicklung leistungsstärkerer Schülerinnen und Schüler hat (Möller 2013, 27). Wichtig sind hier aber auch die Ergebnisse des Hamburger Schulversuchs „Integrative Regelklassen“, die aufzeigen, dass Heterogenität, insbesondere unter belasteten Rahmenbedingungen, durchaus Risiken mit sich bringt. Dies gilt in besonderer Weise, wenn bei zunehmender Heterogenität die Leistungsspitze in den Lerngruppen ausgedünnt wird und damit gerade für die verbliebenen leistungsstarken Schülerinnen und Schüler die förderlichen Lernbedingungen reduziert werden (vgl. Hinz, Katzenbach, Rauer, Schuck, Wocken und Wudke 1998). Dies bedeutet: Gemeinsames Lernen wirkt erst dann lernförderlich, wenn auf die richtige Zusammensetzung von Lerngruppen geachtet wird und genügend lernmotivierte und leistungsstarke Schülerinnen und Schüler in den Gruppen sind.

## Stigmatisierende Wirkung des Besuchs einer Förderschule

Die Befunde zu psychosozialen Effekten der inklusiven Förderung von Schülerinnen und Schülern mit sonderpädagogischem Förderbedarf zeigen, dass hier Risiken bestehen. Zum einen belegen Untersuchungen die stigmatisierende Wirkung eines Förderschulbesuchs (vgl. Schumann 2007), zum anderen wird die soziale Integration von Schülerinnen und Schülern mit sonderpädagogischem Förderbedarf in einigen Studien als Problem identifiziert (vgl. z. B. Bless 2007).

In dem BiLieF-Projekt (Wild et al. 2015) konnten dagegen bei Grundschülerinnen und Grundschulern mit sonderpädagogischem Förderbedarf Lernen in Förderschulen/Förderzentren und in Regelschulen „keine markanten Differenzen im psychosozialen Erleben“ (a.a.O., S. 19) festgestellt werden. Und auch Huber und Wilbert (2012, 162) kamen in ihrer Studie zu dem Ergebnis, „dass die Zusammenhänge zwischen Schulleistung, Förderbedarf und sozialer Integration nicht einer stabilen Gesetzmäßigkeit folgen, sondern zum Teil erheblichen Schwankungen unterliegen könnten. So war bei neun der Klassen soziale Ausgrenzung stark mit

# „Das Festhalten an Förderschulen ist eng verbunden mit dem Festhalten an einem strukturell selektiven Schulsystem allgemein“

Förderbedarf und Schulleistung assoziiert, während in elf der Klassen solche Zusammenhänge nicht feststellbar waren.“

Dies lässt vermuten, dass spezifische pädagogische Konzepte entscheidenden Einfluss auf die soziale Integration von Kindern mit sonderpädagogischem Förderbedarf haben. Dazu können neben einem positiven, unterstützenden Unterrichtsklima angemessene individualisierte Formen der Leistungsrückmeldung und -bewertung zählen.

Aus bildungswissenschaftlicher Sicht gibt es kaum Gründe, an Förderschulen festzuhalten. Insbesondere wenn viele Schülerinnen und Schüler mit Lernschwierigkeiten und sozialen Benachteiligungen in Schulen oder Klassen zusammengefasst werden, besteht ein hohes Risiko, dass dies eher lernbeeinträchtigend und stigmatisierend wirkt. Förderschulen haben allenfalls eine Entlastungsfunktion für die allgemeinen Schulen.

Für nachhaltig positive Effekte auf eine optimale Persönlichkeits- und Lernentwicklung der Schülerinnen und Schüler durch Förderschulbesuch gibt es jedoch kaum belastbare Befunde. Ferner ist das Festhalten an Förderschulen

eng verbunden mit dem Festhalten an einem strukturell selektiven Schulsystem allgemein. Inklusive schulische Bildung kann aber nicht dadurch umgesetzt werden, dass sie einfach an ein strukturell selektives Schulsystem angehängt wird. Inklusion wird so zu einem Appendix, aber nicht zu einem Movens der Schulentwicklung – mit dem Risiko des Scheiterns (vgl. Werning 2018).

## Von Studium bis Weiterbildung Lehrkräfte für Inklusion qualifizieren

Eine nachhaltige Entwicklung der inklusiven Bildung geht über die Frage nach der Platzierung von Schülerinnen und Schülern mit sonderpädagogischem Förderbedarf weit hinaus. Inklusive Bildung umfasst vielmehr das dauerhafte Bestreben nach Minimierung von Diskriminierung und Maximierung von sozialer Teilhabe und von Bildungschancen, sie betrifft potentiell alle Schülerinnen und Schüler. Inklusion kann nur durch vernetzte Entwicklungsprozesse in mehreren, miteinander verwobenen Bereichen gelingen (vgl. Werning und Avci-Werning 2015).

Dazu gehören: klare bildungspolitische Vorgaben, verlässliche ressourcielle Rahmenbedingungen, produktive inklusive Organisations- und Unterrichtsentwicklung an den Schulen sowie eine inklusive Qualifikation von allen Lehrkräften von der Universitätsausbildung bis zur Fort- und Weiterbildung. Um dies zu erreichen, müssen in Bayern, aber auch in vielen anderen Bundesländern noch deutliche Anstrengungen vorgenommen werden. //

### ERFOLG UND LEISTUNG IN DER LITERATUR

---

Rolf Werning, SCHEITERT DIE INKLUSIVE BILDUNG – Anmerkungen zur aktuellen Entwicklung. In: Langner, A. (Hrsg.): INKLUSION IM DIALOG: Fachwissenschaft – Erziehungswissenschaft – Sonderpädagogik; 2018; Bad Heilbrunn, 42-55.

---

Rolf Werning / Birgit Lütje-Klose, EINFÜHRUNG IN DIE PÄDAGOGIK BEI LERNBEEINTRÄCHTIGUNG. 4., überarbeitete Auflage; 2016; München, Basel.

---

Rolf Werning / Meltem Avci-Werning, HERAUSFORDERUNG INKLUSION IN SCHULE UND UNTERRICHT. Grundlagen, Erfahrungen, Handlungsperspektiven. 2015; Seelze.

---

Die vollständige Liste der Werke, auf die sich die Quellenangaben im Text beziehen, unter [bllv.de/inklusion-literatur](http://bllv.de/inklusion-literatur)

# d

## leitartikel

Birgit Dittmer-Glaubig\*  
Tomi Neckov\*\*

# Die Doppellösung

Seit vor zehn Jahren die Behindertenrechtskonvention in Kraft getreten ist, wurde viel darüber diskutiert, was der richtige Weg sei: Sollen die Förderzentren komplett erhalten werden? Sollen sie nur noch als Beratungszentren für die anderen Schulen dienen? Sollen sie ganz abgeschafft werden? Bayern hält am System der Förderzentren fest – und das ist aus Sicht des BLLV sinnvoll. Das Wichtigste ist jedoch, dass die Schülerinnen und Schüler und die Bildungsqualität im Mittelpunkt stehen.

Deshalb muss vor allem die Qualität der sonderpädagogischen Arbeit durch die professionelle Lehrerbildung weiter ausgebaut werden. Mit dem dritten Standort in Regensburg, zusätzlich zu München und Würzburg, sind wir schon auf einem guten Weg. Konzepte und Visionen zur Weiterentwicklung der Lehrerbildung im Hinblick auf inklusive Förderung sind zu entwickeln. Der BLLV hat die entsprechenden Konzepte dazu schon aufgelegt.

Ein erster, wichtiger Schritt ist die Änderung des Bayerischen Lehrerbildungsgesetzes (BayLBG), die jetzt neben dem vertieften Studium einer sonderpädagogischen Fachrichtung eine zweite sonderpädagogische Fachrichtung als Qualifizierungsstudium vorsieht. Die Änderungsvorschläge in der LPO I für den Bereich der Sonderpädagogik tragen überwiegend der Tatsache Rechnung, dass sowohl an den Förderschulen als auch im inklusiven Setting sonderpädagogische Diagnostik und darauf aufbauende Förderung nicht nur auf einem einzigen Förderschwerpunkt basierend erfolgt, sondern mehrdimensional angesetzt werden muss.

Dies ist eine besondere Herausforderung für unsere Lehrkräfte, auf die schon in der ersten Phase und dann auch in der zweiten Phase der Ausbildung eingegangen werden muss. Derzeit aber wird darüber diskutiert, das Pflichtstundenmaß für Studienreferendarinnen und -referendare zu erhöhen oder die Anrechnungsstunde für Betreuungslehrerinnen und -lehrer abzuschaffen, um den akuten Mangel an sonderpädagogisch qualifiziertem Lehrpersonal halbwegs zu decken. Das aber sind kurzfristige, nicht-nachhaltige und sogar qualitätsschädigende Lösungen. Ein Schritt in die richtige Richtung ist es dagegen, das Studium des Lehramtes an Grund- und Mittelschulen um ein Studium der sonderpädagogischen Qualifikation zu erweitern. Die in Sonderpädagogischen Förderzentren tätigen Lehrkräfte sind noch stärker mit Hilfe sogenannter „crosskategorialer“ Inhalte in der Lehrerbildung auf die Schulwirklichkeit vorzubereiten.

Wie es gehen kann, zeigt der zum 1. August in Kraft getretene LehrplanPLUS für den Förderschwerpunkt geistige Entwicklung. Es handelt sich um einen spezifischen Lehrplan im sonderpädagogischen Bereich, der versucht, der gesamten Bandbreite der individuellen Förderbedarfe im Schwerpunkt geistige Entwicklung gerecht zu werden. Das tut er, indem er auf dem bisherigen, sehr erfolgreichen Lehrplan aufbaut, die Spezifika des Förderschwerpunktes geistige Entwicklung berücksichtigt und wesentliche Teile in das LehrplanPLUS-System integriert. Er ermöglicht die Doppellösung: Unabhängig vom Förderort und der Schulart schafft er die planerische Grundlage dafür, Kinder und Jugendliche mit dem Förderbedarf geistige Entwicklung sowohl an Förderzentren zu unterrichten, als auch im inklusiven Setting an Regelschulen zu fördern. //

\* Leiterin der Abteilung Berufswissenschaft \*\*2. Vizepräsident des BLLV



AKADEMIE



## PROGRAMMVORSCHAU OKTOBER UND NOVEMBER 2019

2019 37 **Mit Störungen und Störern professionell umgehen**  
 neu Videogestütztes Methodentraining um Konfliktsituationen schnell und nachhaltig zu meistern  
 08.10.2019, MÜNCHEN

2019 38 **Medienprojekte im Unterricht**  
 Wissensvermittlung anhand Neuer Medien im Unterricht  
 09.10.2019, MÜNCHEN

2019 40 **Muslimische Schüler/innen und Eltern besser verstehen**  
 Praxisnahes Know-how für konstruktives Miteinander  
 16.10.2019, MÜNCHEN

2019 41 **Kompetenzorientierung: Vom Fehlerfahnder zum Schatzsucher**  
 Impulse für eine neue Sichtweise  
 17.10.2019, MÜNCHEN

2019 25 **Der professionelle Auftritt der Schule in der Öffentlichkeit**  
 Basiswissen Öffentlichkeitsarbeit – Print & Online  
 18.10.2019, MÜNCHEN

2019 42 **Souveräner Umgang mit Disziplinstörungen**  
 Herausforderungen erkennen, Eskalationen vermeiden  
 19.10.2019, MÜNCHEN

2019 43 **Lernbereit sein? Keine Selbstverständlichkeit**  
 neu Übungen aus der Kinesiologie und Reflexintegration, die Schülern helfen  
 22.10.2019, MÜNCHEN

2019 44 **Mit Achtsamkeit fitter für den (Schul-)Alltag**  
 Effektive Techniken für mehr Wohlbefinden  
 25.10.2019, MÜNCHEN

2019 47 **Gespräche mit (kritischen) Eltern erfolgreich gestalten**  
 Gemeinsam an einem Strang ziehen  
 09.11.2019, MÜNCHEN

2019 48 **Schule erfolgreich und rechtssicher leiten**  
 Praxisorientiertes Wissen für Schulleiter/innen  
 13.11.2019, MÜNCHEN

2019 49 **Arbeitslust statt Arbeitsfrust**  
 neu Gesund bleiben im Lehrberuf  
 14.11.2019, MÜNCHEN

2019 50 **Lernen verstehen? – Verstehen lernen!**  
 Effektive Förderung der individuellen Lernprozesse  
 23.11.2019, MÜNCHEN

2019 51 **Es gibt ein Leben nach dem Referendariat!**  
 Für Referendare und Junglehrer an Gym/Realschule  
 23.11.2019, MÜNCHEN

Beachten Sie auch unser umfangreiches **SchiLF-Angebot** unter [bllv.de/akademie/schilf](http://bllv.de/akademie/schilf) und buchen Sie jetzt schon Ihre SchiLF für das kommende Schuljahr.



Ausführliche Seminaurausschreibungen sowie Anmeldung unter [www.bllv.de/akademie](http://www.bllv.de/akademie)

Für die Anerkennung als eine die staatliche Lehrerbildung ergänzende Maßnahme ist der Dienstvorgesetzte verantwortlich. Dienstbefreiung kann beantragt werden.

# DIENSTUNFÄHIGKEIT

## BLLV-Wirtschaftsdienst empfiehlt spezielle Absicherung

Zu den wichtigsten Vorsorgemaßnahmen gehört bekanntermaßen eine Absicherung gegen das Risiko Berufsunfähigkeit. Viele Beamtinnen und Beamte glauben jedoch, sie seien weniger gefährdet als Menschen aus anderen Berufsgruppen. Tatsächlich scheidet fast jeder Fünfte aus gesundheitlichen Gründen aus dem Dienst aus. Doch es gibt günstige Angebote, auch für jüngere Beamtinnen und Beamte.

**n**icht arbeiten zu können, ist längst nicht nur ein Thema für körperlich Tätige. Psychische Erkrankungen sind inzwischen der häufigste Grund für ein Aussteigen aus dem Berufsleben. Besonders gefährdet sind Lehrerinnen und Lehrer. Der tägliche Stress in der Schule führt bei vielen zu Schlafstörungen und anderen gesundheitlichen Problemen. Dazu kommt Druck auch von Vorgesetzten oder Eltern, vor allem, wenn es um den Übertritt geht. Burnout und Dienstunfähigkeit sind oftmals die Folge.

Sowohl Beamte als auch Angestellte sind in diesem Fall vor allem in den ersten Jahren unzureichend abgesichert. In den ersten fünf vollen Dienstjahren besteht zum Beispiel kein Anspruch auf eine Rente oder Pension. Der BLLV-Wirtschaftsdienst empfiehlt daher dringend eine private Vorsorge und bietet zusammen mit seinem Vertragspartner „die Bayerische“ eine speziell auf diese Situation zugeschnittene Dienstunfähigkeitsversicherung an.

Die sogenannte echte Dienstunfähigkeitsklausel regelt, dass die Leistungspflicht des Versicherers anerkannt wird, wenn der Dienstherr entscheidet, den Beamten nach einem

amtsärztlichen Zeugnis krankheitsbedingt in den Ruhestand zu versetzen oder zu entlassen. Dies gilt, solange ein Arbeitsvertrag läuft, oder bis der Dienstherr den Beamten reaktiviert. Diese zusätzliche Absicherung wird nur von wenigen Versicherern angeboten.

Besonders hoch ist das Risiko für Beamtenanwärter, sie erhalten in den ersten fünf Jahren ihres Berufslebens üblicherweise keine Versorgung durch ihren Dienstherrn und selbst in den wenigen Ausnahmefällen ist nur eine geringe Leistung zu erwarten.

Daher sollten sich insbesondere junge Beamte rechtzeitig gegen Dienstunfähigkeit absichern. Genau für diesen Personenkreis wurde die BU PROTECT young der Bayerischen entwickelt. Sie bietet für einen sehr günstigen Anfangsbeitrag vollen Dienstunfähigkeitschutz. Ein früher Abschluss sichert den Kunden zudem dauerhaft einen geringeren Beitrag als bei herkömmlichen Dienstunfähigkeitsversicherungen.

Die sogenannte Dienstunfähigkeitsklausel ist dabei in allen Produktvarianten der BU PROTECT automatisch enthalten. Sie gibt Rechtssicherheit, denn sie sorgt dafür, dass der versicherte Beamte bei Dienstunfähigkeit durch körperliche oder geistige Schwächen auch dann die volle Absicherung erhält, falls er theoretisch eine andere zumutbare Tätigkeit als bisher ausüben könnte.

Mit der BU PROTECT erhält jeder Kunde auch gleichzeitig Schutz im Pflegefall, denn bereits bei einem von sechs Pflegepunkten wird die volle Rente gezahlt. Der BLLV-Wirtschaftsdienst berät Sie gerne und sucht einen auf den Einzelfall sinnvoll zugeschnittenen Versicherungsschutz. **bs**

Rufen Sie an unter **089 2867 626** oder mailen Sie uns **info@bllv-wd.de** oder klicken Sie **www.bllv-wd.de**

Klimawandel und Umweltschutz sind die großen Herausforderungen unserer Zeit. Der BLLV-Wirtschaftsdienst und sein Partner „die Bayerische“ haben deshalb die Haftpflichtversicherung der BLLV-Mitglieder umgestellt auf die Marke Pangaea Life. Sie steht für ein hohes Verantwortungsbewusstsein für unsere Umwelt, da die Beiträge ausschließlich in Fonds fließen, die nachhaltige Projekte finanzieren.



## NACHHALTIGKEIT

# BLLV-Wirtschaftsdienst setzt auf Umweltschutz

**d**as Konzept der Marke Pangaea Life hat den BLLV und BLLV-Wirtschaftsdienst in gleicher Weise begeistert. Daher wird der langjährige Kooperationspartner „die Bayerische“ den Mitgliedern des BLLV die Versicherungen von Pangaea Life anbieten und bestehende Haftpflichtversicherungen umstellen. Für alle Mitglieder, die einen Haftpflichtvertrag aus der Pangaea Life Produktlinie haben, pflanzt „WeForest“ im Auftrag des BLLV und der Bayerischen außerdem einen Baum in Äthiopien. ([www.weforest.org](http://www.weforest.org))

BLLV-Mitglieder, die eine Versicherung der Pangaea-Life abschließen, pro-

fitieren durch den Rahmenvertrag nicht nur von günstigen Beiträgen, sondern auch von Vorsorgelösungen, die einzigartig am Markt sind. Jedes Mitglied kann auf diese Weise zusätzlich mithelfen, unseren Planeten zu schützen und die Natur zu erhalten.

Die Beiträge zur Pangaea Life Investment-Rente fließen in einen Fonds, der direkt in nachhaltige Projekte investiert. Bei der Auswahl der Kapitalanlagen werden fest definierte ethische, ökologische und soziale Kriterien berücksichtigt, die von einem Nachhaltigkeitsbeirat überprüft werden. Zu diesen Projekten gehören unter anderem der Windpark MADS in Dänemark sowie Solaranlagen und Wasserkraftwerke in Portugal.

Mit der Anlage leisten Versicherte aber nicht nur einen wichtigen Beitrag zum Umweltschutz, sondern erhalten auch eine gute Rendite. Die bisherige Wertentwicklung von fast fünf Prozent pro Jahr liegt weit über dem aktuellen Zinsniveau.

Auch die weiteren Produkte von Pangaea Life stehen für Nachhaltigkeit. So deckt etwa die Haftpflichtversicherung auch Haftpflichtschäden aufgrund eines ökologischen oder sozialen Engagements ab. Und mit Pangaea E-Drive steht ein preiswerter Schutz für Elektro- und Hybridfahrzeuge zur Verfügung.

Mehr Informationen und Hintergrund zu unserem BLLV-Wald finden Sie unter [www.bllv-wd.de/pangaea-life](http://www.bllv-wd.de/pangaea-life)



# Spar-Ferien

---

## Forderung nach weniger befristeten Verträgen

---

**W**elche Lehrkräfte bekommen während der Sommerferien keine Bezahlung? Wenn das Gespräch auf diese Frage kommt, wird Bayern gerne als ein besonders schlechtes Beispiel dargestellt. Diese Einschätzung entspricht jedoch letztlich nicht den Fakten: Denn je nach Schulart sind nur drei bis zehn Prozent aller Beschäftigungsmöglichkeiten als befristete Stellen vergeben worden, wie aus einer Anfrage der Landtagsabgeordneten Strohmayer (SPD) hervorgeht.

Grundsätzlich gilt für alle Schularten: Wer innerhalb der ersten vier Wochen des Schuljahres einen befristeten Ganzjahres-Vertrag erhält, der bekommt auch die Sommerferien bezahlt. Dies gilt beispielsweise für Zweitqualifikanten im Grund- und Mittelschulbereich. Diese machen zwei Jahre eine Qualifikation für eine andere Schulart und bekommen eine Verbeamtungszusage nach zwei Jahren. Somit bekommen sie auch die Sommerferien bezahlt.

Befristet – ohne Bezahlung der Sommerferien – sind dagegen etwa Studierende in höherem Semester, die Aushilfsverträge erhalten, Pensionisten, die während des Schuljahres aushelfen, oder Drittkräfte. Es sind aber ebenso Einsteiger zum Schulhalbjahr mit Aushilfsverträgen. Diese arbeiten nachvollziehbar letztlich zu kurz, um während der 48 Urlaubstage bezahlt zu werden. Aus demselben Grund erhalten sie auch einen Teil der Pflingstferien nicht entlohnt. Also sollte man grundsätzlich überlegen, ob man so einen Vertrag überhaupt annimmt. Parallel dazu setzt sich der BLLV dafür ein, dass diese Tage rückwirkend doch noch bezahlt werden, wenn man einen Folgevertrag nach den Sommerferien erhält. Befristet sind im Gymnasium oder an den Realschulen zum

Beispiel auch Mutterschaftsaushilfen. Wenn dies nicht so wäre, hätten die Mütter keine Chance, an die bisherige Schule zurückzukehren, ihr Platz wäre dann ja durch eine unbefristete Lehrkraft besetzt. Deswegen gibt es auch einen Arbeitsvertrag mit Befristungsgrund und – je nach Beginn – mit Bezahlung der Sommerferien oder eben nicht. Bei den Berufsschulen existieren Entfristungspläne nach zweijähriger Bewährung. Diese können dann, wenn die Qualifikation stimmt, nach fünf Jahren entfristet werden.

Die ständige Diskussion hat das KM veranlasst, eine „Entfristungsaktion“ aufzulegen. Dies hat der BLLV ausdrücklich begrüßt, weil auf diese Art Härtefälle abgefedert werden. Hier die Eckdaten:

- Bayern stellt im Haushaltsjahr 2019 in einem ersten Schritt 519 Planstellen für das Sonderprogramm zur Verfügung.
- Das Programm wird nächstes Jahr fortgeführt. Im Haushaltsjahr 2020 sind dafür weitere 289 Stellen vorgesehen.
- Die Maßnahme richtet sich an Lehrkräfte, die eine vollständige Lehrbefähigung für die jeweilige Schulart haben und mehrere Jahre als Aushilfe an staatlichen Schulen beschäftigt waren.

Für den BLLV war die „vollständige Lehrbefähigung“ besonders wichtig. Allerdings findet man nun gar nicht so viele Bewerberinnen und Bewerber, wie Stellen vorhanden sind. Eine Aufweichung der Kriterien, etwa bei der Dauer der Arbeitsverträge, kann schließlich dafür sorgen, dass weitere Kandidatinnen und Kandidaten eine Chance auf unbefristete Verträge haben.

Der BLLV fordert ein generelles Modell zur Entfristung (analog zu den Beruflichen Schulen), damit es erst gar nicht zu solchen Härtefällen kommt. Und trotzdem braucht es befristete Verträge, die natürlich möglichst als Ganzjahresverträge vergeben werden sollten. //

## BEURLAUBUNG

### Gesamtdauer um zwei Jahre erhöht

Nach dem Bayerischen Beamtengesetz darf die Dauer von Beurlaubungen (familienpolitische Beurlaubung, arbeitsmarktpolitische Beurlaubung einschließlich Altersbeurlaubung) die Dauer von 15 Jahren nicht übersteigen. Elternzeit (maximal drei Jahre pro Kind) wird auf die Höchstbeurlaubungsdauer nicht angerechnet. Beamte und Beamtinnen mit einem Kind können sich deshalb bereits nach derzeitiger Rechtslage bis zu dessen Volljährigkeit beurlauben lassen (drei Jahre Elternzeit zuzüglich der Höchstbeurlaubungsdauer von 15 Jahren). Entsprechendes gilt für Beamte und Beamtinnen mit mehreren Kindern, deren Geburtsdaten weniger als drei Jahre auseinanderliegen, da für jedes Kind erneut drei Jahre Elternzeit in Anspruch genommen werden können. Beamte und Beamtinnen mit mehreren Kindern, deren Geburtsdaten mehr als drei Jahre auseinanderliegen, können sich hingegen nicht durchgängig bis zur Volljährigkeit des jüngsten Kindes beurlauben lassen. Selbiges gilt für Beamte und Beamtinnen, die bereits vor Geburt eines Kindes aus anderen Gründen beurlaubt waren, beispielsweise zur Pflege eines Angehörigen oder aus arbeitsmarktpolitischen Gründen. Die auf Initiative des Bayerischen Beamtenbundes (BBB) erreichte Erweiterung der Beurlaubung um zwei Jahre reduziert also die Anzahl der Fälle, in denen aufgrund der bisherigen Grenze Kinder nicht bis zur Volljährigkeit betreut werden können. Im Übrigen wird damit eine Gleichstellung zur Pflege naher Angehöriger erreicht. **hr**

## BEIHILFE

### Verbesserungen bei Einkommensgrenzen

Bisher galt: Wer nicht innerhalb eines Jahres seine Rechnungen bei der Beihilfe eingereicht hatte, bekam die Aufwendungen nicht mehr erstattet. Der Bayerische Beamtenbund (BBB), Dachverband des BLLV, hat nun erreicht, dass diese sogenannte Ausschlussfrist auf drei Jahre verlängert wird. Dies soll vor allem Schwerkranke, Pflegebedürftige und pflegende Angehörige entlasten. Denn mit steigendem Durchschnittsalter der Bevölkerung häufen sich Erkrankungen wie Demenz. Immer wieder kam es zu Fällen, bei denen Angehörige das schleichende Fortschreiten der Erkrankung erst erkannten, als eventuelle Beihilfeansprüche schon erloschen waren.

#### Neuer Grenzbetrag für Ehegatten

Auch für die Aufwendungen des Ehegatten eines Beihilfeberechtigten hat der BBB eine Verbesserung erwirkt. Diese Aufwendungen sind bislang nur dann beihilfefähig, wenn die Gesamteinkünfte im Sinne des Steuerrechts im zweiten Jahr vor der Antragsstellung weniger als 18.000 Euro betragen. Dieser Grenzbetrag wird nun auf 20.000 Euro angehoben.

Hintergrund: Renten unterliegen in Abhängigkeit vom Jahr des Beginns der Zahlungen nur anteilig der Steuerpflicht und gehen auch nur mit diesem Anteil in die Ermittlung des Gesamtbetrages der Einkünfte ein. Wird die 18.000-Euro-Grenze überschritten, gilt der Ehegatte als wirtschaftlich selbständig und muss sich vollversichern. Da in den kommenden Jahren aber die Höhe des zu versteuernden Anteils von Renten steigen wird, steigt die Gefahr, dass auch bei durchschnittlicher Rentenhöhe Kosten des Ehegatten oder Lebenspartners nicht mehr beihilfefähig sein werden.

Problematisch wäre das besonders dann, wenn eine Überschreitung des Grenzbetrags durch eine der üblichen jährlichen Erhöhung der Renten oder Maßnahmen wie die Mütterrente ausgelöst wird. Die moderate Erhöhung des Grenzbetrages um 2 000 Euro soll diesem wirtschaftlich ungerechtfertigten Ergebnis entgegenwirken. **hr**

## MITARBEITERSERVICE

---

# Digitales Verfahren für die Beihilfe gestartet

---

Über das Portal „Mitarbeiterservice Bayern“ kann nun für alle Geschäftsbereiche des Bayerischen Staatsministeriums für Unterricht und Kultus das Beihilfeverfahren online abgewickelt werden. Auf der Online Plattform werden hierzu die Daten des Antragstellers eingegeben. Einmal dort hinterlegt, müssen diese nur mehr bei Änderungen erneut bearbeitet werden.

Belege für die Beihilfe werden einfach hochgeladen und übermittelt. Hierzu werden die Rechnungen entweder eingescannt oder abfotografiert. Nach der Bearbeitung erfolgt eine Benachrichtigung per E-Mail durch die Beihilfestelle, und der Beihilfebescheid wird direkt im Digitalen Ordner zugestellt. Über das elektronische Archiv lassen sich auch ältere Belege einsehen, der Antragsteller kann sich online auch jederzeit selbst über den Bearbeitungsstand informieren. So werden Papier- und Portokosten gespart, und die Bearbeitungszeiten verringern sich um die Postlaufzeiten.

Ausführliche Informationen zum Verfahren finden sich im Bereich Hinweise/FAQ im Portal „Mitarbeiterservice Bayern“ ([www.mitarbeiterportal.bayern.de](http://www.mitarbeiterportal.bayern.de)). Eine Hotline ist über den Button „Kontakt“ auf der Startseite erreichbar. Neben der Beihilfe können über das Mitarbeiterportal auch dienstlich veranlasste Reisen verwaltet oder Dokumente des Landesamtes für Finanzen online zur Verfügung gestellt werden. Mit entsprechender Einwilligung können Bezügemitteilungen, Lohnsteuerbescheinigungen und die bereits erwähnten Beihilfebescheide rechtswirksam zugestellt werden.

Das Mitarbeiterportal können sowohl aktive Beamte als auch Versorgungsempfänger nutzen. **hr**

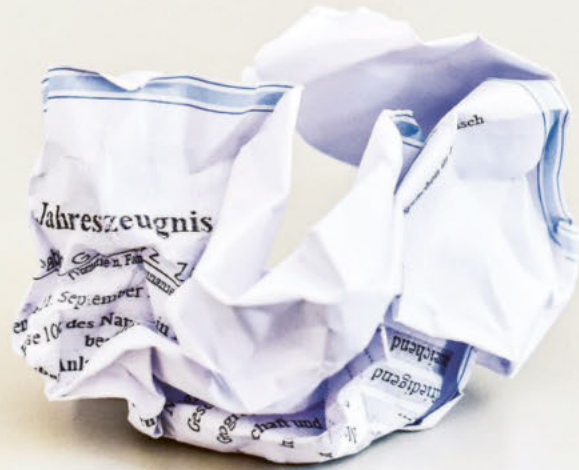
## VERSORGUNG

---

# Mütterrente II wird wirkungsgleich übertragen

---

Die Änderungen im Rentenrecht zur Mütterrente II werden unter Berücksichtigung der systembedingten Unterschiede wirkungsgleich auf die Beamtenversorgung übertragen. Bei Ruhestandseintritten ab 2019 werden die berücksichtigungsfähigen Kindererziehungszeiten für diejenigen Kinder entsprechend von 24 auf 30 Monate erhöht, die vor 1992 geboren wurden. Einen Zuschlag zur Versorgung erhalten auch am 31. Dezember 2018 vorhandene Versorgungsempfänger, deren ruhegehaltfähige Dienstzeiten nach Art. 103 Abs. 2 BayBeamVG zu Grunde liegen, oder die einen Kindererziehungszuschlag für vor 1992 geborene und vor der Berufung ins Beamtenverhältnis erzogene Kinder beziehen; die bisherigen Begrenzungen der Zuschläge gelten auch für die Verbesserungen. **hr**



# Übertrittszeugnis für den Müll

---

Eine Schülerin verpasst den Notenschnitt fürs Gymnasium knapp, die Eltern nehmen einen Anwalt, der findet Formfehler und bringt die Schule in Zugzwang. Der Leiter der Rechtsabteilung des BLLV erklärt anhand des konkreten Fallbeispiels, wie Sie in diesem Zusammenhang juristischen Ärger vermeiden.

## Der Fall

---

Als Laura ihren Eltern das Übertrittszeugnis zeigt, ist die Freude getrübt. 2,66 – mit diesem Notenschnitt in Deutsch, Mathematik und HSU hat es die Tochter auf die Realschule geschafft, doch das Ziel hieß: Gymnasium – und daraus wird mit diesem Schnitt erstmal nichts. Was die Eltern besonders ärgert: Laura hat erst im 13. Leistungsnachweis in Deutsch die Note 4 bekommen. Bis dahin stand sie in diesem Fach auf einer 2.

Den anderen beiden Klassen in Lauras Jahrgang ersparte die jeweilige Klassenleitung die vermeintliche Chance, ihre Noten durch einen 13. Leistungsnachweis in Deutsch zu verbessern. Durch eine befreundete Fachlehrkraft, die auch in Lauras Klasse unterrichtet, erfahren die Eltern ein zusätzliches Detail, das ihren Geduldsfaden zum Reißen bringt: Die Bemerkung im Bereich Sozialverhalten bei Laura wäre der Fachlehrkraft zufolge wesentlich besser ausgefallen, wenn die Klassenleitungen „etwas mehr auf die anderen Fachlehrkräfte der Klasse gehört hätte“. Jetzt reicht's den Eltern. Sie gehen zum Anwalt und klagen. Ihr Ziel: Laura muss den Schnitt für den Übertritt ins Gymnasium bekommen. Und die Bemerkung bezüglich des Sozialverhaltens muss zum Positiven verändert werden. >

## Die These

---

Die Klage wird in beiden Fällen mit sehr großer Wahrscheinlichkeit erfolgreich sein. Das Übertrittszeugnis ist als Zeugnis, das eine Berechtigung verleiht, ein Verwaltungsakt und damit gerichtlich überprüfbar. Bei dieser Überprüfung werden sowohl die Noten, als auch die Bemerkungen hinterfragt.

## Die Argumentation

---

Was die Note in Deutsch betrifft, so sind bekanntlich die in § 10 III 3 GrSO\* genannten Richtwerte für die „bewerteten Probearbeiten“ zum Beispiel in Deutsch auf zwölf bindend festgelegt. Da Richtwerte grundsätzlich eingehalten werden sollen, müssen bei einer Abweichung besondere sachlich zwingende Gründe vorliegen. Die Möglichkeit der Notenverbesserung in einer weiteren Probearbeit in Deutsch genügt diesen Anforderungen nicht, zumal auch die anderen 4. Klassen den festgelegten Richtwert nicht überschritten haben. Damit liegt eine übermäßige und rechtlich nicht zulässige Überschreitung der Anzahl von Proben vor, sodass die Note in der 13. Probearbeit nicht berücksichtigt werden darf. Damit erhält Laura in Deutsch die Note 2, schafft in den übertrittsrelevanten Fächern den Durchschnitt von 2,33 – und darf aufs Gymnasium übertreten.

Was die Formulierung des Sozialverhaltens des Mädchens betrifft, ergibt sich ein ähnliches Bild: Nach § 15 V 1 GrSO\* wird unter anderem die Bewertung des Sozialverhaltens durch die Klassenleitung im Einvernehmen erstellt. Es müssen also alle Lehrkräfte, die in der Klasse unterrichten, zustimmen. Die Bemerkung der befreundeten Lehrkraft lässt indes vermuten, dass die anderen Lehrkräfte der Klasse des Mädchens mit der Bemerkung zum Sozialverhalten nicht einverstanden waren. In einem solchen Streitfall muss die Entscheidung der Schulleiterin oder des Schulleiters eingeholt werden – was hier nicht passiert ist. Dieser formale Fehler macht es wahrscheinlich, dass eine Neubewertung stattfinden wird. Mit dem möglichen Ergebnis, dass die Formulierung über das Sozialverhalten von Laura im Übertrittszeugnis etwas positiver klingen wird als zuvor.

## Fazit

---

Formale Vorgaben sollten unbedingt eingehalten werden. Sie zu missachten, kann leicht zu inhaltlich abweichenden Entscheidungen führen. Formfehler sind vor Gericht nun mal am leichtesten und am erfolgreichsten einzuklagen. //

Formfehler – die Probearbeit darf nicht berücksichtigt werden. Lara erreicht doch noch den Schnitt von 2,33 und darf aufs Gymnasium.

\*Fundstellen: §§ 10, 15 GrSO, vergleichbar §§ 18 VI 1 MSO.

# Zum Wohl des Kindes

## Ein vermeintlicher Elternratgeber hilft allen

**n**ach seinem ersten Buch („Nein, du gehst jetzt nicht aufs Klo! - Was Lehrer dürfen“) hat Thomas Böhm, Dozent für Schulrecht und Rechtskunde am Institut für Lehrerfortbildung in Essen-Werden, ein Nachfolgewerk auf den Markt gebracht, das sich an Eltern zu wenden scheint. „Diese Note akzeptieren wir nicht – Welche Rechte Eltern in der Schule haben“ – der Titel könnte als Ratgeber für Eltern durchgehen. Bei näherem Hinsehen wird deutlich: Dieses Buch kann allen im Lebensraum Schule Eingebundenen von Nutzen sein.

Böhm knüpft an die Diktion des Vorgängerwerkes an und stellt wieder das Wohl des Kindes über die Streitigkeiten und Konflikte zwischen Elternschaft und Schule. Er formuliert klar, dass Lern- und Bildungserfolg der Schülerinnen und Schüler vorrangig von der Zusammenarbeit von Eltern und Lehrkräften abhängt – einer möglichst konfliktfreien.

Das Buch klärt gut begründet darüber auf, wie die Rechte in der Schule verteilt sind, wo Ansprüche und Forderungen zu recht erhoben werden und wo nicht. Elternrechte gehen auch mit Elternpflichten einher, Schulgesetze verpflichten die Eltern zur vertrauensvollen Zusammenarbeit mit den Lehrern, dies wird er nicht müde zu betonen und anhand mannigfaltiger Beispiele zu belegen.

Dem Schulrechtspraktiker ist bewusst, dass sogenannte „Helikopter-Eltern“ anders ticken als „U-Boot-Eltern“. Erst recht vernachlässigt er aber nicht die Eltern des braven Maxi oder der freundlichen Anna. So stellt er die Informationsrechte der getrennt lebenden Eltern mit gemeinsamem Sorgerecht den Rechten von Eltern gegenüber, bei denen die Schule nichts von einer irgendwie gearteten Trennung weiß.

Weitere Themen sind Klassenfahrten (wer trägt die Kosten, wenn Eltern ihr Kind abmelden; wie weit reicht die Aufsichtspflicht der Lehrkräfte?), Sponsoring, das Verbot Geschenke anzunehmen, die leidige Thematik der Schulfotografie und – wie könnte das fehlen – die Notengebung. Dass Böhm aus der praktischen schulischen Erfahrung heraus spricht, zeigt auch

der Blick, den er auf Smartphone und soziale Netzwerke wirft. Das letzte Kapitel ist dem Verwaltungsverfahren gewidmet (Beschwerde, Widerspruch und Klage). Deutlich wird, wie weit der pädagogische Handlungsspielraum der Lehrkräfte reicht, und wie weit er die Kontrollmöglichkeiten der Gerichte einschränkt. Auch damit leistet Böhm einen nicht zu unterschätzenden Beitrag zur Befriedung des Schullebens. Denn im Lebensraum Schule spielen aus Sicht der Gerichte nicht nur juristische sondern zunehmend auch pädagogische Argumente eine Rolle.

Fazit: Thomas Böhm vermittelt Kenntnisse des Schulrechtes, schafft Klarheit und Transparenz indem er Rechte, Pflichten und Zuständigkeiten aller an Schule Beteiligten darlegt: Die von Schülerinnen und Schülern, Eltern und Lehrkräften ebenso wie die der Schulleitung. Ausgestattet mit diesen Kenntnissen und im Bewusstsein dieser Rechte und Pflichten können alle Beteiligten im Schulleben sich auf Augenhöhe begegnen, diskutieren, Erwartungen vortragen und gemeinsam Fragestellungen und Probleme im Sinne und zugunsten der Schülerinnen und Schüler lösen. Das Buch mag sogar eine wertvolle Lektüre für den ein oder anderen Anwalt sein, der während seines Studiums oder während des Referendariats nur am Rande in Kontakt mit den Höhen und Tiefen des Schulrechtes kam. //



Dr. Thomas Böhm,  
„Diese Note akzeptieren wir nicht – Welche Rechte Eltern in der Schule haben“.  
mvg Verlag, 2019  
Auch als E-Book erhältlich.

# Entdecken Sie mit Ihren Schülern die Zukunft!

## IHK AusbildungsScouts unterstützen bei der Berufsorientierung



Motorraumabdeckungen, eine Plakatwand mit Bildern der letzten Dirndl-Kollektion, ein Modell der zu steuernden Arbeitsabläufe im Einkauf, die Miniaturausgabe einer Flugzeugturbine, Objektträger mit einem Stück Mäusedarm, ein 40t-LKW – wenn die IHK AusbildungsScouts Schüler in ganz Bayern besuchen, bringen sie die Praxis in die Klassenzimmer oder auf die Straße vor der Schule. Die Auszubildenden zeigen nicht nur Materialien, Maschinen und Geräte, sondern erzählen aus ihrem Ausbildungsalltag und beantworten die Fragen der Schüler. „Wir wissen, dass viele Schüler noch unschlüssig sind und da profitieren sie von solchen Berichten aus dem richtigen Leben enorm“, sagt Christian Klob, Wirtschaftslehrer am Maria-Theresia-Gymnasium in Augsburg. Daher habe seine Schule sofort ja gesagt, als die Möglichkeit bestand, IHK AusbildungsScouts einzuladen.



Schüler vorher noch nicht kannten. Erfahren sie frühzeitig davon, können sie noch diverse Praktika absolvieren und sich dann für einen Ausbildungsberuf entscheiden.

Nur, wer weiß, wo es für ihn hingehen kann, kann sich auf den Weg ins Berufsleben machen. Und genau da helfen die IHK AusbildungsScouts durch die Möglichkeiten, die sie den Schülern aufzeigen. „Meine Schülerinnen und Schüler bekommen umfassende berufliche Informationen und damit Perspektiven für ihren weiteren Lebensweg“, freut sich Annika Glück, die als Schulsozialpädagogin an der Montessori FOS Franken in Nürnberg ihre Schüler beim Übergang von der Schule ins Berufsleben begleitet. „Was funktioniert besser, als dass junge Menschen anderen jungen Menschen ehrlich und direkt von ihrer Ausbildung erzählen?!“

### Tipps und Informationen aus der Praxis

Jugendliche in den Vorabgangsklassen haben sich oft noch nicht ausgiebig mit dem, was nach der Schule kommt, auseinandergesetzt. „Der direkte Erfahrungsaustausch mit den Azubis stellt da einen besonders wertvollen Baustein in der beruflichen Orientierung meiner Schüler dar“, ist Christiane Weber von der Staatlichen Wirtschaftsschule Coburg überzeugt. Gerade weil die Initiative so früh ansetzt, gibt sie wichtige Impulse und „ist eine perfekte Ergänzung zu unserer Berufsorientierung“, weiß Ulrike Binder-Vondran, Rektorin der Johann-Peter-Wagner-Mittelschule in Theres. Die IHK AusbildungsScouts stellen viele verschiedene Berufe vor. Darunter sind häufig auch solche, die die



## Berufsorientierung auf Augenhöhe

Das bestätigt auch Stefanie Raili, Lehrerin an der Benedictus-Real-schule in Tutzing: „Nicht der olle Lehrer steht vor der Klasse, sondern junge Leute, die nur ein bisschen älter sind als die angesprochenen Schüler. So findet ein Dialog auf Augenhöhe statt.“ Die Gleichaltrigen sind besonders glaubwürdig, die Schüler können sich mit den Auszubildenden identifizieren und trauen sich eher, Fragen zu stellen. Welche Fächer sind wichtig für den Beruf? Was braucht man für Fähigkeiten und Eigenschaften? Was macht man den ganzen Tag? Wieviel verdient man? Was kann ich nach der Ausbildung machen? Joan, Schüler der Pestalozzi-Schule in Aschaffenburg resümiert: „Der Vortrag hat mir gezeigt, was mich in der Ausbildung erwartet. Meine Fragen sind nun alle beantwortet.“

Als Schülerin hörte Lea kurz vor dem Fachabitur den Vortrag einer Auszubildenden zur Medienkauffrau. Für sie war klar, dass sie einen kaufmännischen Beruf mit einem kreativen Part kombinieren wollte, von dem Beruf der Medienkauffrau hatte sie jedoch noch nie gehört. Nun ist sie selbst im 2. Ausbildungsjahr zur Medienkauffrau und total begeistert von ihrer Ausbildung. „Und schon im Bewerbungsgespräch habe ich nachgefragt, ob ich auch die Möglichkeit habe, ein IHK AusbildungsScout zu werden.“



### Auf einen Blick

Die IHK AusbildungsScouts sind ein Anfang 2016 gestartetes Projekt der Industrie- und Handelskammern (IHKs) in Bayern. Ziel ist es, wieder mehr junge Menschen für eine duale Ausbildung zu gewinnen. Die IHK AusbildungsScouts besuchen die Vorabgangsklassen von Real- und Mittelschulen, Gymnasien, Fachober- und Wirtschaftsschulen und erzählen über ihre Erfahrungen im Ausbildungsalltag sowie über die Vorteile einer Ausbildung aus ihrer Sicht. Die Schüler erhalten so ein authentisches Bild vom System der beruflichen Bildung und der Welt der 250 IHK-Ausbildungsberufe.

Die Vorbereitung der IHK AusbildungsScouts und die Vermittlung an die Schulen übernehmen die Regionalkoordinatoren der bayerischen IHKs. Sie koordinieren die Termine mit den Schulen und stimmen die Einsätze mit IHK AusbildungsScouts und Auszubildenden ab. Dabei beachten sie neben Schulabschluss und Art der Ausbildungsberufe die Entfernung zwischen Ausbildungsbetrieb und besuchter Schule. Bei Bedarf begleiten sie die Klassenbesuche.

Das Projekt ist gefördert vom Bayerischen Staatsministerium für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie. Das Angebot ist für die Schulen kostenfrei.

Mehr Informationen: [www.ihk-ausbildungsscouts.de](http://www.ihk-ausbildungsscouts.de)

## IHK AusbildungsScouts als glaubwürdige Botschafter

Besonders eindrucksvoll für alle ist die Erfahrung, wenn ehemalige Schüler als IHK AusbildungsScouts an die Schule zurückkommen. Quirin, Elektroniker für Betriebstechnik im dritten Ausbildungsjahr, besuchte seine ehemalige Schule, die Landgraf-Leuchtenberg-Realschule in Osterhofen. Er fesselte seine Zuhörer und machte deutlich, wie wichtig es ist, den zu den eigenen Stärken und Interessen passenden Beruf zu finden. „Ich war beeindruckt, welches Fachwissen Quirin hat und wie souverän er seinen Beruf vor der Klasse vorgestellt und die Fragen der Schüler beantwortet hat“, freut sich Lehrerin Brigitte Metzler über den Auftritt ihres ehemaligen Schützlings. Seit Anfang 2016 ist ihre Schule im Projekt dabei und lädt jedes Jahr IHK AusbildungsScouts zum Besuch ein.

Auch Melanie Stalker, Lehrerin an der Mittelschule an der Pestalozzistraße in Ingolstadt, ist begeistert: „Dass sich junge Menschen so selbstbewusst vor eine Klasse stellen, ist nicht selbstverständlich. Alle haben von ihrem Beruf geschwärmt und wirklich professionelle Vorträge gehalten!“

Sie möchten, dass die IHK AusbildungsScouts auch in Ihre Klasse kommen? Kontaktieren Sie Ihren Regionalkoordinator bei der IHK vor Ort: Er beantwortet gerne Ihre Fragen und kümmert sich um alles Weitere.

Die Kontaktdaten finden Sie hier:  
[www.ihk-ausbildungsscouts.de/kontakt](http://www.ihk-ausbildungsscouts.de/kontakt)



verbandsticker

## Mitgliedsbeiträge werden angepasst: Unnötige Anhebung vermeiden

---

Zum 1. Juni 2019 erhalten Beamte eine Besoldungsanpassung rückwirkend ab dem 1. Januar 2019 in Höhe von 3,2 Prozent. Dies bedeutet satzungsgemäß eine Anhebung des Mitgliedsbeitrages. Die Beitragsanpassung wurde zum 1. Juli 2019 umgesetzt. Außerdem wird der Ermäßigungskatalog aktualisiert. Um Ihren Beitrag richtig berechnen zu können, sind wir auf Ihre Mithilfe angewiesen.

Teilen Sie uns bitte stets schriftlich alle Änderungen mit, die sich besoldungsmäßig auswirken, zum Beispiel Beginn und Ende von Beurlaubung oder Elternzeit, Eintritt in den Ruhestand, Altersteilzeit ... Bitte melden Sie uns auch, ob Sie befördert wurden und in welcher Besoldungsstufe Sie eingruppiert sind.

Wichtig für Teilzeitbeschäftigte: Wie Sie wissen, kommen wir Ihnen bei der Beitragsberechnung entgegen, wenn Sie in Teilzeit arbeiten. Aber Teilzeitverträge werden in der Regel nicht für mehrere Schuljahre abgeschlossen. Deshalb sind wir darauf angewiesen, dass Sie uns zum Schuljahresbeginn Ihren aktuellen Teilzeitstatus mitteilen. Wenn wir nichts von Ihnen erfahren, nehmen wir an, dass Sie wieder in Vollzeit arbeiten und sind dementsprechend verpflichtet, beim nächsten Einzug den vollen Mitgliedsbeitrag abzubuchen. Ihr Kreiskassier wird Sie auf Nachfrage gerne beraten.

Änderung der Bankverbindung: Im beidseitigen Interesse bitten wir Sie, uns rechtzeitig über Veränderungen bei Ihrem Einzugskonto zu informieren. Denn im Fall einer Rückbuchung stellt die Bank eine Gebühr in Rechnung, die wir dann an Sie weitergeben müssen. Falls ein Beitrag nicht in korrekter Höhe abgebucht wurde, setzen Sie sich bitte mit uns in Verbindung.

Gegebenenfalls bekommen Sie dann eine Rücküberweisung. Wenn Sie nur den Einzugsauftrag widerrufen, fallen wiederum Bankgebühren an. Alle Leistungen des BLLV (etwa Dienstrechtsschutz) sind in vollem Umfang nur möglich, wenn der korrekte Beitrag gezahlt wird. rh, gn

## Forderung: Förderdiagnostik ins Studium für Grund- und Mittelschule

---

Der BLLV hat auf seiner Landesdelegiertenversammlung Ende Mai in Würzburg einige Anträge zur Sonderpädagogik beschlossen. Die Anträge beziehen sich vor allem auf die Ausbildung der Lehrkräfte und Schulbegleiter. Im Zusammenhang mit dem Aufbau des Studiengangs Sonderpädagogik an der Universität Regensburg fordert der BLLV einen Modellversuch, in dem die Studiengänge für die Lehrämter an Grund- und Mittelschulen um die Bereiche der Förderdiagnostik und der interdisziplinären Zusammenarbeit im Team erweitert werden. Dafür müsste eine zusätzliche Studierzeit festgesetzt werden.

Grundsätzlich fordert der BLLV, dass alle Lehrerinnen und Lehrer in den Grundlagen des sonderpädagogischen Förderbedarfs ausgebildet werden. Zudem sollte in allen drei Phasen der Lehrerbildung eine intensivere Auseinandersetzung und Schulung zur Sonderpädagogik für Lehrkräfte aller Schularten erfolgen. Der Verband setzt sich auch dafür ein, dass Schulbegleiter künftig eine pädagogische Qualifizierung nachweisen müssen, die den spezifischen Bedürfnissen der jeweiligen Schülerinnen und Schüler entspricht. Alle Anträge und Positionen des BLLV, nicht nur zur Sonderpädagogik, finden Sie unter [www.bllv.de](http://www.bllv.de) bs



Spaß am Ball, Erfolg beim Spendensammeln: 360.000 Euro kamen zusammen

# Kicken für Kinder in Not

---

## die Bayerische unterstützt BallHelden-Aktion auch 2020

---

Mehr als 150.000 Schülerinnen und Schüler an 265 Schulen erlebten einen Tag voller Bewegung und Freude. Begleitet von Lehrkräften und Eltern, erhöhten sie im dritten Jahr der BallHelden-Aktion das insgesamt gesammelte Spendengeld auf 350.000 Euro. Die Summe wurde zu je einem Drittel verteilt an gemeinnützige Organisationen (Klinikclowns, Kinderhospize und Nachbarschaftshilfen), die Kinderhilfe des BLLV sowie an die Sozialstiftung des Bayerischen Fußball-Verbandes. Dank der Unterstützung des BLLV-Versicherungspartners die Bayerische wird die Aktion auch nächstes Jahr stattfinden.

Drei Jahre nach dem Start ist das Event an vielen Grundschulen zu einem besonderen Aktionstag geworden. Entsprechend fallen auch die Rückmeldungen aus. „Es war ein großes Highlight. Alle Beteiligten, einschließlich einer großen Elternschaft, hatten Freude und Spaß am Erleben“, schrieb eine Schule dem BLLV. In einer anderen Rückmeldung hieß es: „Wir fanden alle, dass

es eine gelungene, sehr sinnvolle und toll vorbereitete Aktion war mit den vielen Extras!“

BLLV-Präsidentin Simone Fleischmann, die diese Initiative 2016 zusammen mit dem Präsidenten des Bayerischen Fußball-Verbandes Rainer Koch gestartet hat, resümiert nach drei Jahren: „Wir wussten keineswegs, ob dieses Angebot für Grundschulen auch tatsächlich von den Kolleginnen und Kollegen angenommen wird. Umso erfreulicher ist es, dass wir so viele positive Rückmeldungen haben.“ Besonders erfreut sei sie, dass viele Kinder gerne für andere Kinder in Not sammeln und das mit ihrer Leidenschaft, dem Fußball, verbinden.

Fleischmann bedankte sich besonders bei der Versicherung „die Bayerische“, dass sie diese Initiative „durch ihre großzügige Unterstützung erst möglich gemacht hat“. Sie sei glücklich, dass nach Aussagen des Vorstandes der Bayerischen, Martin Gräfer, die Zusammenarbeit und Unterstützung fortgeführt wird. bs

# Stimm(e) dich



Landesvorsitzende Monika Faltermeier (vorne) mit ihren Stellvertretern Sebastian Hatib (2. v.l.) und Simon Glöbl (r.) sowie dem BLLV-Vizepräsidenten Gerd Nitschke (l.) und dem erweiterten Vorstand des Jungen BLLV.

# positiv

## Mit einer Stimme für alle Lehrämter

Auf der LDV in Landshut fordert der neugewählte Vorstand des Jungen BLLV gerechte Besoldung als Anreiz, das Studium aufzunehmen

Gleiche Besoldung aller Lehrämter – dies war die zentrale politische Forderung aus dem Kreis der 50 Teilnehmenden bei der Landesdelegiertenversammlung des Jungen BLLV Anfang Juni in Landshut. Monika Faltermeier, die erneut zur Vorsitzenden der Vertretung von 16.000 Junglehrern aller Schularten in Bayern gewählt wurde, erklärte auch im Namen ihrer neu gewählten Vorstandskollegen, den Mittelschullehrern Sebastian Hatib und Simon Glöbl: „Es braucht endlich A 13 für alle in der Eingangsbesoldung! Schließlich sind alle Lehrer Lehrer.“ Ebenso dringend brauche es den „Master für alle Lehrämter“, konkrete Anreize also, die den Lehrerberuf an allen Schularten attraktiver machten. Nur so könne man mehr junge Menschen für den Lehrerberuf begeistern.

Die ehemalige Gymnasiallehrerin, die die Zweitqualifikation zur Mittelschullehrerin durchlaufen hat, stellte klar: „Wenn wir weiter an der unterschiedlichen Besoldung der Lehrämter festhalten, werden wir viele der motivierten Kolleginnen und Kollegen an ihre ursprünglich studierte Schulart verlieren. Das kann ihnen auch niemand verdenken.“ Als Lehrerin an der Grund- oder Mittelschule habe man ein größeres Stundendeputat und oft auch ein in vielerlei Hinsicht anspruchsvolleres und deutlich heterogeneres Schülerklientel. Trotzdem sei die Besoldung geringer. „Wieso sollte man sich also“, fragte Faltermeier, „im Studium für ein Lehramt entscheiden, bei dem man für weniger Geld mehr arbeiten muss?“

Die Forderung der Jungen nach „mehr Gehör“ vernahm auch Herbert Püls. Der Amtschef des Kultusministeriums war ebenso in die Niederbayern-Metropole gereist wie BLLV-Präsidentin Simone Fleischmann, Vizepräsident Tomi Neckov, die BLLV-Ehrenpräsidenten Albin Dannhäuser und Klaus Wenzel sowie zahlreiche Vorsitzende der Bezirke des Verbandes und Leiter der Abteilungen. Püls versicherte in seiner Ansprache: „Wir arbeiten alle gemeinsam daran, die Bildung in Bayern in ihrer hohen Qualität und Vielfalt zu stärken und zukunftsorientiert weiterzuentwickeln.“ Als Herausforderungen nannte der Amtschef die Vorbereitung der Kinder und Jugendlichen auf die digitale Lebens- und Arbeitswelt, die Inklusion oder den Unterricht von jungen Menschen mit Fluchthintergrund.

Diese Fragen sowie die Problematik der ungleichen Besoldung, der mobilen Reserven und den Übertritt standen auch im Mittelpunkt einer Diskussionsrunde der Jungen mit Fleischmann, Püls sowie den Landtagsmitgliedern Anna Toman (Grüne), Ruth Müller (SPD) und Stadtrat Ludwig Zellner. Der offene Diskurs und eine konstruktive Diskussionskultur ist dem Jungen BLLV wichtig. Dies drückte sich auch in seinem Motto aus: „Stimm[e] dich positiv“. ts

Junger  
BLLV



**Klinik  
Wollmarshöhe**  
Privatklinik / Akutklinik

Fachkrankenhaus für Psychosomatische Medizin  
Aufnahme / Beratung:  
**Tel. 07520 927-260**



Besuchen Sie uns auf unserer neuen Homepage:  
**www.wollmarshoehe.de** **neu**

Programmangebote für Ihre **Klassenfahrt**

**4 Tage „Mittensang – ein Streifzug durch Berlin“, ab 89,00 € p.P.**  
inkl. 3 x Ü/F, Stadtrundfahrt, Spreestadt tour,  
„Unterwegs in Kreuzberg – junge Berliner zeigen ihre Stadt“

**5 Tage „Grenzgänger“, ab 109,00 € p.P.**  
inkl. 4 x Ü/F, Thementour „Berliner Mauer“,  
Führung im ehemaligen Stasi-Gefängnis,  
Dt. Spionagemuseum, DDR Museum

**5 Tage „Geschichte Berlins“, ab 103,00 € p.P.**  
inkl. 4 x Ü/F, Stadtrundfahrt, Ausstellung zur  
Parlamentsgeschichte im Dt. Dom, Berlin Story  
Museum im Story Bunker, Anne-Frank-Zentrum



Städtereisen International  
Gubener Straße 50, 10243 Berlin  
Telefon: 030 / 29 77 83 0  
info@berlinunlimited.com  
www.berlinunlimited.com

Diese und andere Programme sind  
verlänger-/ kombinierbar und für  
Begleiter kostenfrei.  
Mehr Informationen auf unserer  
Homepage oder gern auch  
telefonisch.

# DER LEHRERBERUF HAT VIELE VORTEILE? STIMMT!

## DIE NEUEN BUSINESS MOBIL TARIFE

- Mobiles Internet mit maximal verfügbarer LTE-Geschwindigkeit
- Telefonie- und SMS-Flat in alle deutschen Netze
- Rabatt beim monatlichen Grundpreis, kein Bereitstellungspreis
- Bis zu 5 Verträge für Sie und Ihre Familie
- Top-Inklusivleistungen wie MultiSIM und mehr

Monatlich schon ab **29,56 €**

MEHR LEISTUNG,  
MEHR SERVICE,  
MEHR OPTIONEN

- Informieren Sie sich – Ihre Vorteilsnummer: **MA053**
- Mitarbeiter-Hotline: **0800 3300 34531**
- E-Mail: **rv-mitarbeiterangebote.gk@telekom.de**
- Bundesweit in allen **Telekom Shops**
- Terminvereinbarung: **www.telekom.de/terminvereinbarung**



ERLEBEN, WAS VERBINDET.

## impresum

### Inhaber und Verleger

BAYERISCHER LEHRER- UND LEHRERINNEN-  
VERBAND E.V. Bavariaring 37, 80336 München

### Postanschrift

Postfach 150209, 80042 München  
Telefon 089 721001-0 || Fax 089 721001-90  
bllv@bllv.de, www.bllv.de

### Redaktionsanschrift

„bayerische schule“ Redaktion  
Roseggerstr. 13 || 97422 Schweinfurt  
Telefon 09721 5497913

### Chefredakteur

STEVE BAUER  
Roseggerstr. 13 || 97422 Schweinfurt  
Telefon 09721 5497913  
redaktion@bayerische-schule.de

Stellvertreter: TONI GSCHREI || Alte Bahnhofstr. 3  
84556 Kastl || Telefon 08671 13236  
redaktion2@bayerische-schule.de

### Art Direction || Layout || CvD

SONIA HAUPTMANN  
Bavariaring 37 || 80336 München  
Telefon 089 721001-820  
grafik1@bllv.de

### Redaktionsleiter

CHRIS BLEHER  
Alte Bergstr. 455 i || 86899 Landsberg am Lech  
Telefon +49(0)157 85541481 || c.bleher@t-online.de

### Schlussredaktion

REGINA DAX Schreibbüro || www.Dax-Data.de

### Bildkonzeption

SONIA HAUPTMANN grafik1@bllv.de

### Bildredaktion

FOTOSTUDIO ROEDER und EVA ORTHUBER  
Justus-von-Liebig-Ring 11 b || 82152 Krailling  
Telefon 089 8501706 || foto@janroeder.de  
außer S. 15 Dominik Gierke, S. 43 Institut für  
Sonderpädagogik, Leibniz Universität Hannover

### Illustration || Cartoon

BERND WIEDEMANN (S. 7), bw@buchillustration.de

EMANUEL ESCHNER (S. 21)  
www.emanueleschner.tumblr.com

DIRK MEISSNER (S. 23), info@meissner-cartoons.de

### Autorenkürzel

**bs** bayerische schule, **cb** Chris Bleher, **fs** Dr. Fritz  
Schäffer, **gn** Gerd Nitschke, **hg** Holger Gödderz,  
**hr** Hans Rottbauer, **rh** Reinhard Horn, **ts** Thilo  
Stangl, **ws** Dr. Wolfram Schneider, **yy** Yasmin Yildiz

### Anzeigen

A.V.I. ALLGEMEINE VERLAGS- UND  
INFORMATIONSGESELLSCHAFT MBH  
Hauptstraße 68 All 30916 Isernhagen  
Telefon 05139 985659-0 || Fax 05139 985659-9  
info@avi-fachmedien.de

### Druck

ORTMANNT&M GMBH CROSSMEDIA DRUCK  
Telefon 08654 4889-0 || Fax 08654 4889-15  
www.OrtmannTeam.de

Die „bayerische schule“ erscheint sechs Mal pro Jahr. Sie wird allen BLLV-Mitgliedern geliefert; der Mitgliedsbeitrag enthält den Bezugspreis. Nichtmitglieder können die „bayerische schule“ direkt bei der BLLV Landesgeschäftsstelle (s. oben) bestellen. Der Bezugspreis beträgt für Privatpersonen 50,00 Euro, für Institutionen (gegen Nachweis) 10,00 Euro jährlich; Einzelhefte inkl. Versand 5,00 Euro. Leserschriften senden Sie bitte direkt an die Redaktion. Für unverlangt eingesandte Manuskripte übernehmen wir keine Haftung. Falls kein Rückporto beiliegt, können sie auch nicht an den Autor zurückgesandt werden. Namentlich gekennzeichnete Beiträge stellen die Meinung des Verfassers, nicht unbedingt die der Redaktion oder des BLLV dar.

